

Bildungsthema „Kommunisten und Gewerkschaften“

Inhalt:

- Zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung:
- Lenins Position im „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ zu den Gewerkschaften
- Wolfgang Teuber „Kommunisten und Gewerkschaften – Unsere Aufgaben heute“
- Aus der Beratung der DKP zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Referat L.Mayer, Dezember 1999
- Beschlüsse des 15. Parteitages der DKP zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit
 - „DKP – Partei der Arbeiterklasse – ihr politischer Platz heute“, Handlungsorientierung (Auszüge)
 - weitere Beschlüsse
- Beschluss „Kommunisten und Einheitsgewerkschaft heute“

Schwerpunkte des Bildungsthemas:

- Was sind Gewerkschaften? Welche Rolle spielen sie in der Arbeiterbewegung? Welche Orientierungen gab und gibt es in der Gewerkschaftsbewegung?
- Wie stehen Marxisten zu den Gewerkschaften? Was sagt Lenin zur Notwendigkeit der Arbeit von Kommunisten in den Gewerkschaften? Wie kennzeichnet er Positionen in der kommunistischen Bewegung, die diese Arbeit geringschätzen?
- Anhand der Beschlüsse des 15. Parteitages der DKP sollten ausgehend von den grundsätzlichen Aussagen im Beschluß „DKP – Partei der Arbeiterklasse – Ihr politischer Platz heute“ zu „DKP – Partei der Arbeiterklasse“ und ihrer Haltung zu den Gewerkschaften insbesondere auf der Grundlage der Handlungsorientierung sowie der weiteren Beschlüsse des Parteitages zur Betriebs- und Gewerkschaftsorientierung der DKP folgende Fragen diskutiert werden:
 - Welche Haltung hat die DKP zu den Einheitsgewerkschaften wie sie sich nach 1945 in den westlichen Besatzungszonen und später der BRD herausgebildet haben?
 - Was sind angesichts der jüngsten Entwicklungen in den Gewerkschaften die Aufgaben von Kommunisten heute? Wie können wir Kommunistinnen und Kommunisten mit unseren bescheidenen Mitteln und Kräften die Beschäftigten zu eigenem Handeln für ihre Interessen aktivieren? Wie ermutigen und befähigen wir zur Eigenaktivität, zum kollektiven organisierten Handeln?
 - Wie können wir dazu beitragen, daß die Gewerkschaften wieder zu Klassenorganisationen der Arbeiterklasse werden, zu konsequenten Vertretern ihrer Interessen?
 - Welche konkreten Folgerungen ergeben sich für eure Grundorganisation, euren Kreis bzw. Bezirk aus den Beschlüssen des 15. Parteitages der DKP? Wie kann konkret die Betriebs- und Gewerkschaftsorientierung umgesetzt werden? Wie können Mitglieder der DKP und Abonnenten der UZ unter den Beschäftigten in Betrieben und Institutionen vor allem aber unter der Arbeiterjugend gewonnen werden?

Literatur:

W.I.Lenin: „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“. In: LW, Bd....bzw. LAW in sechs Bänden, Bd. V, S. 463-573

/1/ Thesen zu programmatischen Orientierung (1993)

/2/ Aktionsprogramm der DKP (1996)

/3/ Materialien der Betriebs- und Gewerkschaftskonferenz, Dezember 1999

Beschlüsse des 15. Parteitages des DKP:

/4/ „DKP – Partei der Arbeiterklasse – Ihr politischer Platz heute“

/5/ Handlungsorientierung der DKP

/6/ Beschluß zu Betriebs- und Gewerkschaftsorientierung der DKP

Weiterführende Literatur:

/7/ Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Hrsg. F. Deppe, G. Fülberth, H.-J. Harrer u.a. Köln 1977

A. Zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung

Was sind Gewerkschaften?

In Großbritannien wurde – nachdem es Anfang des 19. Jahrhunderts zu verschiedenen Arbeiterunruhen gekommen war – 1824 die Bildung von Gewerkschaften freigegeben. Die industrielle Revolution, in deren Gefolge die große Industrie entstand, erreichte das Gebiet Deutschlands in der 2. Hälfte der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts. Kapital, das in Handelsunternehmen angehäuft worden war, floß in industrielle Neugründungen ein: Zunächst vor allem in die Montanindustrie, den Maschinenbau und in die Textilindustrie. Eine zentrale Rolle spielte bis ca. 1873 der Eisenbahnbau, von dem mehrere Industriebetriebe gleichzeitig abhängig waren. /8, G.Fülberth: Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1873, S.15/

Mit der industriellen Revolution entstand in Deutschland das städtische Proletariat. Der Zustrom von Arbeitskräften (arme, von der Leibeigenschaft befreite Bauern, Lehrlinge und Gesellen, die von den Zunftzwängen gelöst waren, Arbeitskräfte aus in Konkurs gegangenen Handwerksbetrieben, steigende Geburtenzahlen) überstieg zunächst die Zahl der neuen Arbeitsplätze. Es kam zu Massenarbeitslosigkeit und Auswanderung.

Die Konkurrenz der Arbeiter untereinander führte in einigen Branchen zu rapider Verelendung (Leinweberei, Aufstand der schlesischen Weber 1844). Sinkende Reallöhne, Benachteiligung vieler Arbeiter durch das „Trucksystem“ (sie erhielten einen Teil ihres Lohnes nicht in Geld, sondern in Waren, die der Unternehmer selbst anbot), Verlängerung der Arbeitszeiten, fehlende Arbeitsschutz- und Sozialgesetzgebungen usw. kennzeichneten die Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter, unter ihnen viele Kinder und Jugendliche. Selbst bestehende gesetzliche Regelungen (wie in Preußen zur Einschränkung der Kinderarbeit) wurden von den Unternehmern umgangen.

„Unter dem Druck solcher Verhältnisse wandelte sich die Tätigkeit der traditionellen Gesellenvereinigungen, wie sie in Deutschland teilweise bereits seit Jahrhunderten bestanden hatten. Sie waren von jeher von den staatlichen Instanzen scharf beobachtet und behindert worden. Das Koalitionsverbot – also das Verbot für die Gesellen und anderen Lohnabhängigen, sich zum Zwecke kämpferischer Interessensvertretung, etwa auch durch Arbeitsniederlegung, zusammenzuschließen – war eine Selbstverständlichkeit, wurde aber immer wieder neu formuliert und bekräftigt. Dennoch wurden die Gesellenbünde jetzt teilweise zu Kampforganisationen, die in den vierziger Jahren auch das Mittel des Streiks anwandten. Kristallisationskerne erster gewerkschaftsähnlicher Tätigkeit waren die Unterstützungskassen der Gesellen, die von Unternehmern und Staat geduldet wurden, weil sie ihnen die Aufwendungen für unabdingbare soziale Hilfsmaßnahmen ersparten“./ebenda, S.17-18/.

Wesentlich für die weitere Entwicklung war, daß zugleich Organisationen mit radikal-demokratischen und sozialistischen Ideen entstanden – bis hin zum Bund der Kommunisten – die in starkem Maße vor allem durch die Erfahrungen der englischen und französischen Arbeiterbewegung geprägt wurden und von ihr in bestimmter Form frühe Gewerkschaftstheorien übernahmen. Im „Manifest der Kommunistischen Partei“ spiegelte sich das Verhältnis von Marx und Engels zur gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter und ihrer Zielstellung wider. In der Vorrede zur englischen Ausgabe von 1888 verwies F.Engels darauf, daß das „Manifest“ auch mit Blick auf die englischen Trade Unions und andere Arbeiterorganisationen entstand. /MEW, Bd.21, S.353/

Die enge Verbindung allgemeinpolitischer und gewerkschaftspolitischer Fragestellungen wurde typisch für die Gewerkschaftsentwicklung in Deutschland im 19. Jahrhundert.

Vor allem im Gefolge der Revolution von 1848/49 entstanden zahlreiche Berufsverbände (Drucker, Tabakarbeiter). Die Niederlage der Revolution führte auch zur Auflösung dieser Verbände und zur Unterdrückung der Bewegung. In den 50er Jahren entstanden jedoch neue Organisationsformen. Die Gründung der 1. Internationale (Internationale Arbeiterassoziation 1864) hatte großen Einfluß auf die Schaffung kämpferischer gewerkschaftlicher Organisationen in Deutschland. So entstand beispielsweise der „Verband deutscher Arbeitervereine“ unter Vorsitz von August Bebel. Daneben wurde jedoch auch der „Allgemeine Deutsche Arbeiterschaftsverband“ gegründet.

Die Geschichte der Gewerkschaften ist gekennzeichnet einerseits durch eine sozialistische, klassenkämpferische Orientierung, andererseits durch eine starke „nur-gewerkschaftliche“, sozialreformistische Bewegung.

So wie in Deutschland entstanden in allen kapitalistischen Ländern aus dem Klassenkampf der Arbeiter gegen das Kapital um die Bedingungen des Verkaufs der Ware Arbeitskraft Organisationen der Arbeiter. Mit der Zeit erhielten sie den Namen Gewerkschaften.

Grundlage dieser Organisation war die Erkenntnis, daß die Arbeiter, so groß ihre Zahl auch ist, selbst in den einfachsten Fragen des Arbeitslohns, der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen dem Kapital hilflos ausgeliefert sind, solange sie sich nicht gemeinschaftlich zusammenschließen.

Gewerkschaften sind also zunächst Organisationszentren der Arbeiterklasse, Sammelpunkte ihres Widerstandes gegen die Gewalttaten des Kapitals. /K.Marx: Lohn, Preis und Profit. In: MEW. Bd. 16.S.152/.

Schon frühzeitig warnte Marx davor, den gewerkschaftlichen Kampf auf reine Abwehrmaßnahmen zu reduzieren. Gewerkschaften müssen ihren Zweck verfehlen, wenn „sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen...“. Diesen „Kleinkrieg“ gegen die Wirkungen des kapitalistischen Systems müssen die Gewerkschaften selbstverständlich führen. Aber sie müssen gleichzeitig auch versuchen, „es zu verändern...“. Sie müssen ihre organisierte Kraft „gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems“ /K.Marx: Lohn, Preis und Profit. In: MEW. Bd. 16.S.152/.

Die marxistischen Kräfte in der Gewerkschaft wiesen darum immer wieder darauf hin, daß die Gewerkschaft den ökonomischen Klassenkampf nur dann wirklich im Interesse der Arbeiter führen, wenn sie von dem unüberbrückbaren Gegensatz von Ausbeutern und Ausgebeuteten ausgehen, wenn sie diesen unüberbrückbaren Gegensatz den Arbeitern möglichst klar zumachen versuchen und sie auf das sozialistische Ziel hin orientieren.

Die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik und in der sowjetischen Besatzungszone bzw. DDR nach 1945

Am 10. Juni 1945 erklärte die SMAD (Sowjetische Militäradministration), daß in ihrer Besatzungszone antifaschistische politische Parteien und Gewerkschaften wieder zugelassen seien. Der Gründungsaufruf für den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) wurde am 13. Juni 1945 u.a. von Roman Chwalek, Bernhard Göring, Jakob Kaiser, Ernst Lemmer, Hermann Schlimme und Paul Walter unterschrieben. Sie waren vor 1933 Funktionäre verschiedener Gewerkschaften. Die Gründung des FDGB sollte die Lehren aus der Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland ziehen. Wilhelm Leuschner hatte vor seiner Hinrichtung nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler 1944 die Aufforderung hinterlassen: „Schafft die Einheit! Nur mit starken Gewerkschaften läßt sich der Kapitalismus bändigen!“

Im Gründungsaufruf des FDGB 1945 hieß es, daß die neuen freien Gewerkschaften „unter Zusammenfassung aller früheren Richtungen in ihrer Arbeit eine Kampfeinheit zur völligen Vernichtung des Faschismus und zur Schaffung eines neuen demokratischen Rechtes der Arbeiter und Angestellten“ bilden sollten. Es gelte das Vertauen der Völker wiederzugewinnen. Dies entspreche den Erwartungen der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Am 17. Juni 1945 nahm der FDGB in Berlin seine Arbeit auf, im Februar 1946 seine Arbeit für die gesamte sowjetische Besatzungszone.

Er existierte 45 Jahre – zunächst in allen Sektoren Berlins, später nur noch in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR.

Auch in den westlichen Besatzungszonen entstanden Gewerkschaftsorganisationen (die erste bereits im März 1945 im US-amerikanisch besetzten Aachen).

„Dies bestärkte die Hoffnungen vieler Gewerkschafter, mit Unterstützung der Besatzungsmächte schnell den organisatorischen Aufbau abzuschließen und maßgebenden Einfluß auf die Umgestaltung Deutschlands zu gewinnen. Diese Hoffnungen mußten jedoch bald aufgegeben werden. In allen drei Zonen gestattet die Westalliierten zunächst noch keine Gewerkschaften.“ /8, Anne Weiß-Hartmann; Wolfgang Hecker: Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung 1945-1949, S.282/ Ihre Haltung reichte von stillschweigender Duldung und Förderung gewerkschaftlicher Aktivitäten bis zu strikten Verboten und Auflösungen von Versammlungen.

Die Neugründung von Gewerkschaften wurde offiziell erst durch die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens Anfang August 1945 möglich. /Ebenda/

In den Westzonen führte die Situation zum Aufbau sehr unterschiedlicher Formen gewerkschaftlicher Arbeit. Kommunisten, Sozialdemokraten, parteilose Gewerkschafter arbeiteten in vielen Orten gemeinsam.

Man stimmte in Grundfragen gewerkschaftlicher Orientierung überein so vielfältig auch die Formen der Organisation waren. Übereinstimmung gab es:

- in der programmatischen Ausrichtung als antifaschistische Kraft. Die Gewerkschafter forderten die konsequente Entnazifizierung, die Zerstörung der Grundlagen faschistischer Herrschaft – vor allem ihrer wirtschaftlichen Grundlagen durch Überführung wichtiger Industrien in Gemeineigentum. Sie forderten Mitbestimmung der Arbeiter und ihrer Organisationen in Betrieb und Gesellschaft sowie eine planmäßige Wirtschaftspolitik, die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren sollte.
- darin, daß eine wesentliche Ursache für die Niederlage der Arbeiterbewegung 1933 ihre organisatorische Zersplitterung gewesen war, daß eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung geschaffen werden mußte.

Nicht einig war man sich über die Organisationsform einer solchen einheitlichen Gewerkschaftsbewegung./Ebenda, S.283/

Gleichfalls wurde deutlich, daß vor allem Gewerkschaftsführer aus den Westzonen in Beratungen mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus der sowjetischen Besatzungszone nicht selten die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Unternehmern in den Vordergrund stellten.

In allen drei Westzonen wurde durch die massive Einflußnahme der Militärregierungen in den Folgejahren die Organisationsform selbständiger Industriegewerkschaften - gegen anfangs sehr starke Bestrebungen in den örtlichen Gewerkschaften für zentrale Einheitsgewerkschaften - durchgesetzt.

Verhindert – vor allem durch die US-amerikanische Militärregierung - wurden Bestrebungen des Zusammenschlusses mit dem FDGB.

Im Sommer 1948 – als sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Westalliierten weiter zuspitzten und die Gründung eines westdeutschen Separatstaates voraussehbar war – brachen auch die gesamtdeutschen Beziehungen der Gewerkschaften auseinander./Ebenda, S.290/

In einer Reihe von Landesverfassungen wurden im Westen Deutschlands Grundforderungen der Gewerkschaften nach Absicherung gewerkschaftlicher Organisation u.ä. festgeschrieben. In die Verfassungen – die weitestgehenden Forderungen sah die Hessische Verfassung vor, die die Überführung der Betriebe des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Energiewirtschaft und des Verkehrswesens in Gemeineigentum festlegte – wurden Forderungen der Gewerkschaften nach sozialen Rechten, gleichberechtigter Mit-

bestimmung, Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, das Verbot der Aussperrung usw. aufgenommen.

„Nachdem in allen Ländern Parlamente und Regierungen gebildet worden waren, lag der Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit seitens der Vorstände auf Initiativen zur Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum und der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung. Ihre Politik wurde dabei von der Hoffnung geleitet, daß die Parteien diese Forderungen durchsetzten. Sie hofften insbesondere auf die Unterstützung durch die SPD und verzichteten weitgehend auf eine eigenständige Mobilisierung der Mitgliedschaft für diese Forderungen...“ /Ebenda, S.293/.

Der Gründungskongreß des DGB fand vom 12.-14. Oktober 1949 in München statt. Trotz scharfer Kritik an der „freien Marktwirtschaft“ und der Forderung nach „Mitbestimmung“ wurde auf diesem Gründungskongreß jedoch keine Strategie zur Durchsetzung dieser Forderungen entwickelt: „Zur Erfüllung ihrer vorgezeichneten Aufgaben und Pflichten werden die Gewerkschaften sich der bei ihnen gebräuchlichen Mittel und Methoden bedienen. So, wie bisher werden sie also Differenzen auf unterschiedliche Weise auszugleichen versuchen, ehe sie schärfere Waffen wie Streik usw. anwenden, und sie werden immer bemüht sein, die allgemeinen Volksinteressen nicht zu beeinträchtigen“. /Protokoll des Gründungskongresses des DGB vom 12.-14.Oktober 1949 in München. Köln 1950. S.205/

Kommunisten waren – trotz aller Widersprüche – Mitbegründer des DGB. Die Kommunisten wurden allerdings bis zum Beginn der fünfziger Jahre aus fast allen hauptamtlichen Funktionen herausgedrängt – in der Atmosphäre des Kalten Krieges, aber begünstigt auch durch eigene Fehler.

Und trotzdem waren die Anfangsjahre der Gewerkschaftsbewegung im Westen Deutschlands durch harte Klassenkämpfe gekennzeichnet, in denen auch Gewerkschafter und Gewerkschaften aktiv waren.

Es gab beispielsweise nach 1945 Kundgebungen und Demonstrationen, Beschlüsse gewerkschaftlicher Gremien – etwa der IG-Bergbau. Durchgängiger Inhalt war der Kampf gegen das Großkapital als verantwortlicher Faktor für Faschismus und Krieg. So forderten die IG-Bergbau die Enteignung der Kohlenbarone. Am 25. März 1946 kamen in Wuppertal 30.000, am 28. März 1946 in Düsseldorf 80.000 Arbeiter für diese Forderung auf die Straße, und am 3. und 4. April 1946 streikten 330.000 Ruhrkumpel unter der Losung „Die Gruben in Volkes Hand!“ Es folgten u.a. große Streiks und Demonstrationen gegen den Hunger.

Aufgrund der unmittelbaren Folgen der Währungsreform in den Westzonen kam es im November 1948 nach zahlreichen Demonstrationen und Streiks auf örtlicher und regionaler Ebene zum Generalstreik in der US-amerikanischen und in der britischen Besatzungszone, an dem sich über 9 Millionen von 11,7 Millionen Beschäftigten beteiligten.

Einer der größten Kämpfe der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik fand 1956/57 statt. Sechzehn Wochen streikten IG Metall für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Der Kampf um die 40-Stunden-Woche gehört ebenso zu jenen gewerkschaftlichen Kämpfen der Folgezeit, wie das Engagement von Gewerkschaftern in der Friedensbewegung.

In diesen Auseinandersetzungen waren Kommunistinnen und Kommunisten in den Gewerkschaften und Betrieben aktiv: nicht nur bei Streikkämpfen sondern auch unmittelbar in den Grundsatzdebatten der Gewerkschaften./Vgl. E.Eberling; H.Hummler; W.Petschick, Stärkung der Einheitsgewerkschaft – ein Hauptfeld der Politik der DKP, in:25 Jahre DKP: eine Geschichte ohne Ende, Essen 1993/

Im Beschluß des 15. Parteitages der DKP verweisen wir im Antrag „DKP- Partei der Arbeiterklasse – Ihr politischer Platz heute“ auf den Kampf um die 35-Stunden-Woche: „Der Kampf um die 35-Stunden-Woche war der bis dahin härteste und umfangreichste Arbeitskampf in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik. 1987 konnten die Gewerkschaften nach zahlreichen Protest- und Streikaktionen einen weiteren Schritt in Richtung 35-Stunden-Woche gehen, der mit weiteren Tarifabschlüssen im Frühjahr 1988 seine Fortsetzung fand. Die Verkürzung der Arbeitszeit als Mittel zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze und zur Schaffung neuer war auch ein Kampf gegen Kapital und Kabinett, zur Verteidigung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse unseres Landes.“

(Siehe dazu auch C. *Kommunisten und Gewerkschaften*, Abschnitt: *Bündnis für Arbeit oder Klassenkampf?*)

B. Lenins Position im „Linken Radikalismus“ zu den Gewerkschaften

Lenins Schrift „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, vor allem die Abschnitte über Aktionseinheits- und Bündnispolitik, über die Rolle der Gewerkschaften sowie über die verschiedenen Kampfformen, ist für die heutige Arbeit von Kommunisten in Betrieben und Gewerkschaften, im außerparlamentarischen Kampf und in den Parlamenten von großer Aktualität.

Lenins Schrift gehört zu den grundlegenden Arbeiten des Marxismus. Sie behandelt eine Reihe strategischer und taktischer Hauptfragen. Dazu gehören:

- Die Organisationsprinzipien der Partei und deren Grundlagen
- Der unversöhnliche Kampf gegen alle Formen des Opportunismus
- Die Fähigkeit der Partei, sich eng mit den Massen zu verbinden durch eine Aktionseinheits- und Bündnispolitik, ohne die Selbständigkeit der Partei aufzugeben.
- Die Beherrschung aller Kampfformen, ihre richtige Anwendung und ihre Kombination, vor allem die Bedeutung der außerparlamentarischen und parlamentarischen Kampfformen
- Die Nutzung nationaler und internationaler Erfahrungen der Arbeiterbewegung

Die Schrift entstand im Juni, Anfang Juli 1920, um sie den Delegierten des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale übergeben zu können. Sie lag der Beschlußfassung des Kongresses zugrunde, der am 19. Juli 1920 begann.

- Der Sieg der Oktoberrevolution hatte Auswirkungen auf die Arbeiterbewegung im Weltmaßstab. In Sowjetrußland nahmen das Wesen, die Rolle und die Aufgaben der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse reale Gestalt an. In anderen Ländern gab es revolutionäre Erhebungen, es entstanden kommunistische Parteien und Gruppen; die organisatorische Trennung der revolutionären Kräfte vom rechten Opportunismus vollzog sich im Weltmaßstab und schuf die Bedingungen für die III. Internationale.
- In Westeuropa ebte die revolutionäre Massenbewegung im Frühjahr 1920 ab. Die kommunistische Bewegung mußte sich darauf einstellen – eine Strategie und Taktik, die den veränderten Kampfbedingungen entsprach, mußte ausgearbeitet werden. Dafür waren die Erfahrungen der Bolschewiki von großer Bedeutung.
- Damit die jungen kommunistischen Parteien sich zu Massenorganisationen entwickeln konnten, war es erforderlich, die Ursachen des „linken“ Radikalismus aufzudecken, weil er große Teile der Arbeiterklasse daran hinderte, sich endgültig von rechten Opportunismus zu trennen. Lenin deckte nicht nur die Klassenwurzeln des „linken“ Radikalismus auf, er wies auch nach, daß der Sozialreformismus die gefährlichere Spielart des Opportunismus ist und die „Linken“ im Grunde genommen dem Kampf gegen die bürgerlichen Einflüsse in der Arbeiterbewegung ausweichen.

Lenin über die Massenarbeit der Partei. Die Notwendigkeit einer richtigen Aktionseinheits- und Bündnispolitik und die Arbeit in den Gewerkschaften

(**Literatur:** Sechsbändige Ausgabe, Band V, Abschnitt VI S.495 bis 506, VIII S.517 bis 530, und „Nachtrag“ II S.563 bis 565)

- Ausgangspunkt ist die marxistische Erkenntnis von der Rolle der Volksmassen in der Geschichte. Soziale Revolutionen sind das Ergebnis des Wollens und Handelns der Volksmassen im historischen Prozeß.

- Doch die Massen sind nicht allein durch die Theorie in Bewegung zu setzen. Erst wenn sie in der Klassenauseinandersetzung eigene Erfahrungen gesammelt haben und in der Praxis die Richtigkeit der Politik der Partei feststellen, gelangen sie zu politischem und revolutionärem Bewußtsein. Deshalb hebt Lenin in seiner Schrift immer wieder hervor, daß die Kommunisten unbedingt dort systematisch, hartnäckig, beharrlich und geduldig arbeiten müssen, wo die Massen sind.
- Aufgrund ihrer Stellung in der Gesellschaft ist die **Arbeiterklasse** die Hauptkraft grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen. Aber sie ist ständig den bürgerlichen politischen und ideologischen Einflüssen ausgesetzt. Sie wurde vom Opportunismus gespalten.
- Ein einheitliches Handeln der Arbeiterklasse, trotz der in ihr wirkenden verschiedenen politischen, religiösen und ideologischen Anschauungen, kann nur über die Aktionseinheit erreicht werden. Die Möglichkeit zur Aktionseinheit ergibt sich aus der gemeinsamen Klassenlage.
- Im Zusammenhang mit der Notwendigkeit einer richtigen Massenarbeit wendet sich Lenin besonders den **Gewerkschaften** zu, weil sie die größte und allumfassende Massenorganisation der Arbeiterklasse sind. Er kritisiert u.a. die sektiererische Einstellung der „Linken“ in Westeuropa zu den bestehenden Gewerkschaften. Es wäre grundfalsch, nicht in den bestehenden „reaktionären“ Gewerkschaften zu arbeiten, diese Arbeit abzulehnen, aus den Gewerkschaften auszutreten usw. /S.498-499/. Er erklärt, daß Kommunisten ein positives Verhältnis zu den Gewerkschaften haben müssen. Er geht auch auf die große Bedeutung der Gewerkschaften im Sozialismus ein.

Man müsse, so Lenin, „unbedingt dort arbeiten, wo die Massen sind. Man muß Opfer bringen und die größten Hindernisse überwinden können, um systematisch, hartnäckig, beharrlich, geduldig gerade in allen denjenigen - und seien es auch die reaktionärsten - Einrichtungen, Vereinen und Verbänden Propaganda und Agitation zu treiben, in denen es proletarische oder halbproletarische Massen gibt. Die Gewerkschaften und die Arbeitergenossenschaften (diese wenigstens mitunter) sind aber gerade Organisationen, die Massen erfassen.“/S.503/

Die ganze Aufgabe von Kommunisten besteht darin, so schreibt Lenin, „daß sie es verstehen, die Rückständigen zu *überzeugen*, unter ihnen zu arbeiten“ /S.504/. Kommunisten sind verpflichtet, wie er weiter schreibt, den tatsächlichen Bewußtseins- und Reifegrad eben der ganzen Klasse (und nicht nur ihrer kommunistischen Avantgarde), eben der ganzen werktätigen Masse (und nicht nur ihrer fortgeschrittensten Vertreter) nüchtern zu prüfen /S.509/.

C. Kommunisten und Gewerkschaften

Bündnis für Arbeit oder Klassenkampf?

Da die Gewerkschaftsbewegung die größte Massenorganisation ist, in der die Arbeiterklasse organisiert ist, ist es Selbstverständnis aller Kommunistinnen und Kommunisten, daß sie im Interesse der abhängig Beschäftigten sowie der Arbeitslosen zu ihrer Stärkung eintreten:

Das Bündnis für Arbeit ist ein Ausdruck der in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten betriebenen Sozialpartnerschaft.

Die Sozialpartnerschaft hat in der Bundesrepublik ihre spezifische Entwicklung:

Nach dem zweiten Weltkrieg waren die Herrschenden sich ihrer Macht nicht sicher, waren gezwungen „Kompromisse“ einzugehen.

1947 demonstrierten 80 000 Arbeiter durch Düsseldorf mit Losungen für die „Überführung der Konzerne in die Hand des Volkes“ und die „Durchführung der Bodenreform“. 1947 führten die Bergarbeiter des Ruhrgebietes einen 24-stündigen Streik durch mit der Forderung, endlich die Konzernherren zu entmachten. In vielen anderen Städten streikten Metallarbeiter und Bauarbeiter. 1948 kam es zu zahlreichen großen Streiks und am 12. November 1948 zu einem eintägigen Generalstreik, an dem sich acht bis zehn Millionen Arbeiter und Angestellte beteiligten. Zu den wichtigsten Forderungen der Streikenden gehörte die nach Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum sowie nach Demokratisierung und Planung der Wirtschaft.

Solche Massenstreiks wurden in den folgenden Jahren nicht mehr geführt. In den acht Jahren von 1950 bis 1958 streikten lediglich 153 000 Arbeiter und Angestellte, in den sechs folgenden Jahren, bis 1965, sogar nur 74 000.

In den Jahren 1949, 1950, 1952 und 1953 gab es kaum irgendwelche nennenswerten Streikaktionen. In den Jahren 1959, 1960, 1961, 1964 und 1965 war - nach Untersuchungen von Jürgen Kuczynski - die Zahl der Streikenden in der Bundesrepublik geringer als in einzelnen Jahren des Faschismus. Kuczynski schreibt: *„Eine so geringe Streiktätigkeit unter Verhältnissen relativ so geringer Gewaltanwendung gegen Streikende, unter Wirtschaftsverhältnissen, in denen die Arbeitslosigkeit so relativ gering war, hatte es in der Geschichte weder des imperialistischen noch des vormonopolistischen Deutschlands gegeben.“*

Das Kapital stellte sich auf die neue Weltsituation ein: Auf das Anwachsen der sozialistischen Bewegung, auf die stärker werdenden sozialistischen Länder.

Opportunismus in der Arbeiterbewegung

In diesen Jahren des sozialen „Burgfriedens“ schossen die Theorien und die Praxis der „Sozialpartnerschaft“ üppig ins Kraut. Erinnert sei hier an Gewerkschaftsführer wie Böckler oder beispielsweise Leber. Das Großkapital, seine politischen Parteien, seine Massenmedien und seine beauftragten Wissenschaftler waren voll des Lobes über die „braven Arbeiter“ und die „vernünftigen Gewerkschafter“.

Die Ursachen für diese Politik der Sozialpartnerschaft liegen aber tiefer. Schon Engels sprach davon im Zusammenhang mit dem Verhalten der englischen Gewerkschaftsführer, daß sich unter dem damaligen ökonomischen erstarkenden, kapitalistisch am höchsten entwickelten Land England, eine Arbeiteraristokratie herausgebildet hat.

Wenn wir uns die Situation vor dem 1. Weltkrieg anschauen, sehen wir diese Entwicklung ebenfalls. Die unsägliche Burgfriedenspolitik war ein Verrat an den erklärten Zielen der damaligen Arbeiterparteien. Die Unterstützung der meisten sozialdemokratischen Parteien zum Krieg führte bekanntlich zum Zusammenbruch der II. Internationale.

Lenin schreibt dazu in seiner Schrift *„Der Zusammenbruch der II. Internationale“*: *„Alle stimmen darin überein, daß der Opportunismus kein Zufall, keine Sünde, kein Fehltritt, kein Verrat einzelner Personen ist, sondern das soziale Produkt einer ganzen historischen Epoche. (Bd. 21 Seite 243) Und an anderer Stelle schreibt er: „Opportunismus bedeutet, daß die grundlegenden Interessen der Masse den vorübergehenden Interessen einer verschwindenden Minderheit von Arbeitern zum Opfer gebracht werden oder, anders ausgedrückt, daß ein Teil der Arbeiter mit der Bourgeoisie ein Bündnis gegen die Masse des Proletariats eingeht. Der Krieg macht dieses Bündnis besonders anschaulich und zwingend. Der Opportunismus wurde im Laufe von Jahrzehnten durch die Besonderheiten jener Entwicklungsepoche des Kapitalismus hervorgebracht, in der die verhältnismäßig friedliche und zivilisierte Existenz einer Schicht privilegierter Arbeiter diese ‚verbürgerte‘, ihnen Brocken von den Profiten des eigenen nationalen Kapitals zukommen ließ und sie von dem Elend, den Leiden und den revolutionären Stimmungen der verelendeten und bettelarmen Masse losriß.“*

Diese Situation, also die extrem gesteigerten Profite, die es dem Kapital ermöglicht Brocken abzugeben, finden wir heute ebenfalls und vor allem in der Chemischen Industrie ,die seit 1972 und davor seit 1924 keine größeren Streiks erlebt hat.

Wir finden sie aber auch z. B. in der speziellen Situation bei VW.

Diese ökonomische Tatbestände bildeten und bilden die wichtigste Grundlage für die Entstehung der „Sozialpartnerschaftstheorie“.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Keiner von uns kommt auf die Idee alle Angehörigen dieser Obergruppe der Arbeiterklasse in den Topf des Opportunismus zu werfen. Aus ihnen sind in der Vergangenheit hervorragende Kämpfer für die Interessen der Arbeiterklasse hervorgegangen.

Mir geht es also nicht um die Frage „keine Kompromisse!“, zu der Lenin im Linken Radikalismus geschrieben hat.

Herausforderungen an Kommunisten

In diesem Zusammenhang stellt sich heute die Frage: Vor welchen Herausforderungen stehen wir heute in erster Linie in den Betrieben?

Ich kann das hier nur skizzenhaft andeuten:

- Es sind zu einem die zunehmende Zersplitterung der Betriebe (was unter dem Begriff Outsourcing läuft) und zum anderen die immer größeren Fusionen von großen Konzernen zu geld- und machtstrotzenden Gebilden, die immensen Einfluß auf die Entwicklung dieser Welt nehmen, wie ja die bisher gescheiterten, aber nicht gänzlich verhinderten Verhandlungen über das M. A. I. beweisen.
- Es sind die veränderten Produktionsweisen und -methoden, verbunden mit neuen Strategien der Organisation der Betriebe und Führung von Beschäftigten, wie z. B. Outsourcing, Fraktale Fabrik, Lean-Produktion, Just-in-Time-Produktion, Kaizen, Gruppenarbeit, Virtuelle Unternehmen usw., was alles einhergeht mit einer Internationalisierung der Produktion, wo ganze Produktionsketten verteilt sind über den Globus, was einhergeht mit der Zunahme von ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen, mit dem Anwachsen von sogenannten Randbelegschaften, Scheinselbständigen, Ausweitung von Teilzeit- und Telearbeit, mit zunehmender Arbeitszeitflexibilisierung und so manches mehr.

Vor diesem Hintergrund der Veränderungen in der Produktion und vor dem Hintergrund des nicht erst seit 16 Jahren betriebenen radikalen Sozialabbaus ist das Hauptproblem die wachsende Massenarbeitslosigkeit mit ihren Auswirkungen in den Betrieben, mit der von Kapital, Medien und alter Bundesregierung generalstabsmäßig vorbereiteten und über Jahre in die Köpfe gehämmerten Standortkampagne, mit den immer weitergehenden Zugeständnissen die von Belegschaften und ihren Vertretern erpreßt wurden. Ein Hauptproblem ist auch die Zersplitterung in den Betrieben, sind die Folgen von neuen Arbeitsverhältnissen und Arbeitszeitmodellen und des stetigen Rückgangs des gewerkschaftlichen Einflusses.

Daraus ergibt sich die Fragestellung die gerade heute wieder so aktuell ist: Bündnis für Arbeit oder Klassenkampf?

Doch in der täglichen Praxis mit ihren vielfältigen Problemen der Interessenvertretung vor Ort ist die Frage, was ist Co-Management, und was ist Klassenkampf nicht immer so schwarz oder weiß zu beantworten. So wie die Farbenlehre von Goethe viele Abstufungen kennt, so zeigt uns auch die Lehre und Analyse der Gesellschaft von Marx/Engels und Lenin, daß wir die große Vielschichtigkeit der Probleme immer wieder zu berücksichtigen haben. In all den schwierigen Auseinandersetzungen, in denen die Kommunistinnen und Kommunisten in den Betrieben und Verwaltungen stehen, ist es meines Erachtens am wichtigsten: Wie können wir mit unseren bescheidenen Mitteln und Kräften die Beschäftigten zu eigenem Handeln für ihre Interessen aktivieren? Wie ermutigen und befähigen wir zur Eigenaktivität, zum kollektiven organisierten Handeln? Aus dieser Anleitung zur Selbsttätigkeit und nicht aus der auch von uns so oft praktizierten Stellvertreterrolle erwächst Selbstbewußtsein. Können wir das verbinden mit Erkenntnissen über die Wesenszusammenhänge dieser kapitalistischen Gesellschaft, was unserer Aufgabe ist, dies zu leisten (womit sich u. a. die Wichtigkeit unserer Betriebszeitungen und der UZ aufzeigt), so entwickelt sich die Einsicht in die eigene Lage, so entwickelt sich Klassenbewußtsein.

Das heißt, wir müssen alle Widersprüche, alle Auseinandersetzungen unterstützen, ja vorantreiben, die zur Klärung der eigenen Interessenlage, die zur Einsicht in die gesellschaftlichen Verhältnisse führen, die deutlich machen, daß die Eigentumsfrage im Mittelpunkt aller gesellschaftlichen Kämpfe steht.

Die ganze Aufgabe von Kommunisten besteht darin, so schreibt Lenin, daß sie es verstehen, die Rückständigen zu überzeugen und unter ihnen zu arbeiten, daß wir verpflichtet sind, wie er weiter schreibt, den tatsächlichen Bewußtseins- und Reifegrad eben der ganzen Klasse (und nicht nur ihrer kommunistischen Avantgarde), eben der ganzen werktätigen Masse (und nicht nur ihrer fortgeschrittensten Vertreter) nüchtern zu prüfen.

Daß diese Frage des Bewußtseinsstands und der Bewußtseinsbildung und der damit verbundenen erneuten Handlungsfähigkeit der Beschäftigten ein zentrales Problem ist, zeigt auch eine in der UZ wiedergegebene Diskussion mit Betriebsräten von VW Braunschweig. Daß diese Bewußtseinsbildung kein einmaliger Schritt ist, uns täglich vor neuen Aufgaben stellt, ist uns bekannt, da die bürgerliche Ideologie die Beschäftigten tagtäglich mit ihrer Weltanschauung bombardiert.

Daß diese Bewußtseinsbildung so ein wichtiger Schritt ist, zeigt auch, welchen Stellenwert die herrschende Klasse dem Medienapparat gerade auch hier in der BRD einräumt. In der Tradition von Hugenberg bis Springer, geschult und erprobt in der Auseinandersetzung, wie wohl kaum in einem anderem Land, an der

Nahtlinie zwischen den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen der BRD und DDR, ist ihr Einfluß auf die Menschen in diesem Land enorm.

An dieses wie auch immer geartete Bewußtsein, an die vorhandenen Erkenntnisse der Beschäftigten, die sich nur durch eigene Betroffenheit, durch eigenes Handeln weiter entwickeln, müssen wir in Betrieb und Verwaltung anknüpfen.

Gewiß, das sind vielleicht Allgemeinplätze, aber wir haben heute schon wieder in der Partei Diskussionen darüber, ob es richtig sei, in den immer mehr auf Sozialpartnerschaft abdriftenden Gewerkschaften zu arbeiten, ob es richtig sei, in Betriebsräten mitzuarbeiten, die in dieses System eingebunden sind, zur Sozialpartnerschaft angehalten werden und die immer wieder zu Kompromissen gezwungen werden. Das führt zu einer Diskussion, wo sehr schnell die Co-Manager gebrandmarkt werden und die Klassenkämpfer auf den Wortbarrikaden stehen.

In diese Diskussion paßt eine Passage aus der Schrift Lenins *„Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus“* einer Schrift, die er zu einer Zeit des internationalen Abflauens von Klassenausinandersetzungen geschrieben hat, einer Zeit die in einigen Grundfragen sicher mit unserer Situation zu vergleichen ist. Dort schrieb er zu diesem Problem: *„Will man der ‚Masse‘ helfen und sich die Sympathien, die Zuneigung, die Unterstützung der ‚Masse‘ erwerben, so darf man sich nicht fürchten vor Schwierigkeiten, darf man sich nicht fürchten vor den Schikanen, den Fußangeln, den Beleidigungen und Verfolgungen seitens der ‚Führer‘ (...) und muß unbedingt dort arbeiten, wo die Massen sind. Man muß Opfer bringen und die größten Hindernisse überwinden können, um systematisch, hartnäckig, beharrlich, geduldig gerade in allen denjenigen - und seien es auch die reaktionärsten - Einrichtungen, Vereinen und Verbänden Propaganda und Agitation zu treiben, in denen es proletarische oder halbproletarische Massen gibt. Die Gewerkschaften und die Arbeitergenossenschaften (diese wenigsten mitunter) sind aber gerade Organisationen, die Massen erfassen.“*

Das „Bündnis für Arbeit“ – keine neue Erfindung

Zurück zur aktuellen Situation. Wie am Anfang schon gesagt: Das Bündnis für Arbeit ist keine neue Erfindung. Seit der unseligen Burgfriedenspolitik am Vorabend des I. Weltkrieges ist dies mindestens der 10. Anlauf zu solcher Art Gespräche zwischen Gewerkschaften, Unternehmer und Regierung.

Schauen wir uns die letzten vier an. Da war (Mitte bis Ende der 60iger Jahre) die sogenannte „konzertierte Aktion“. Eine Erfindung des damals sozialdemokratischen und später zur CDU übergetretenen Wirtschaftsminister Karl Schiller. In der Regierung der Großen Koalition unter Kanzler Kiesinger wollte Schiller die damalige Finanz- und Wirtschaftskrise mit Rundtischgesprächen zwischen Gewerkschaften Unternehmer und Regierung in den Griff bekommen. Im Mittelpunkt standen die Absenkung von Lohn- und Gehaltsforderungen und die Kürzungen staatlicher Sozialleistungen. Die Gewerkschaften wurden unter Druck gesetzt, „Lohnleitlinien“ oder aber „Orientierungsdaten“ für die Tarif- und Sozialpolitik zu akzeptieren. Resultat war, daß die Beteiligten - Unternehmer und Regierung - organisiert über die Medien die Gewerkschaften unter massiven Druck setzten und aufforderten kürzer zu treten, zu „verzichten“.

Die Forderungen der Gewerkschaften nach mehr Lohn, Arbeitszeitverkürzungen, Verbesserung der Arbeitsverhältnisse wurden als Ursache der Krise, Etat- und der Schuldenprobleme dargestellt. Es gab in dieser Gesprächsrunde nicht eine einzige Vereinbarung, die irgend ein nutzbares Ergebnis für die Arbeiter und Angestellten hatte (im Juli 1977 nach der 41. Sitzung blieb der DGB der Gesprächsrunde fern, weil die Arbeitgeber Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen das 1976 vom Bundestag beschlossene Mitbestimmungsgesetz einreichten).

Danach gab es viele Versuche die Gewerkschaften erneut auf diese sozialpartnerschaftliche Praxis festzulegen. Es gab seit 1982 unter Helmut Kohl mehrere folgenlose Gespräche der „Sozialpartner“ am Kanzler-Kamin.

Dann folgte im Dezember 1982 der zweite Anlauf. Der damalige IG Chemie Vorsitzende Hermann Rappe forderte auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag seiner Organisation zu einer „gesamtgesellschaftliche Verabredung“ von Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften zur Bekämpfung der Krise und der Massenarbeitslosigkeit auf. Er sagte: *„Erforderlich ist eine außergewöhnliche auf mehrere Jahre angelegte gemeinsame Anstrengung. Die gemeinsame Kraftanstrengung schließt aber folgerichtig ein, daß auch die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften in eine solche gesamtgesellschaftliche Verabredung ih-*

ren Beitrag einzubringen hätten....Und es ist eine bittere Wahrheit, daß auch die Arbeitnehmer für die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit zusätzliche Opfer bringen müssen.“

Diesem Aufruf folgte man aber nicht. Die Stimmung in den Gewerkschaften war damals eine andere. Erinnerung sei an jene Proteste, die schon unter der Schmidt-Regierung gegen den eingeleiteten Sozialabbau begonnen hatten.

Es folgte 1995 der dritte Anlauf. Klaus Zwickel überraschte - nach erfolgreicher Wiederwahl - auf dem Gewerkschaftskongreß der IG Metall die Delegierten mit seinem „Bündnis für Arbeit“. Es gab vorher keine Diskussion in der Organisation, keine Debatte in den Betrieben etc.

Es sollte ein Tauschhandel stattfinden: Wenn die Unternehmer drei Jahre auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten und 300 000 neue Arbeitsplätze schaffen, 30 000 Langzeitarbeitslosen einstellen und die Zahl der Ausbildungsplätze erhöhen, wenn die Regierung auf Sozialkürzungen verzichtet, werde die Gewerkschaft in der Lohnpolitik kürzer treten.

Das Ergebnis war, daß die Gewerkschaften über Jahre (allerdings auch schon vorher) klägliche Tarifabschlüsse hinnehmen mußten und keine dieser Gegenleistungen eingelöst wurde. Sondern den Gewerkschaften wurde unterstellt und von ihnen zunehmend akzeptiert, daß es einen Zusammenhang zwischen Tarifpolitik und wirtschaftlichen Schwierigkeiten sprich Arbeitslosigkeit gibt.

Es folgte als vierter Versuch 1996 das „Bündnis Ost“. Kohl versprach die Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000. Was er in 14 Jahren seiner Regierung nicht fertig gebracht hatte, sollte nun in vier Jahren realisiert werden. Und in Ostdeutschland sollte noch im selben Jahr der Anstieg der Arbeitslosigkeit gestoppt werden. Der vierte Versuch wurde - wie bekannt - ein weiterer Reifall.

Und nun gibt es unter Schröder - vorbereitet und im Wahlkampf als Hauptaufgabe proklamiert - einen fünften Anlauf. Das Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit. Die bisherigen Ergebnisse des fünften Anlaufs sprechen für sich. Zugunsten der Unternehmer wurde die Steuerreform verschoben. Zum wiederholten Male wurden von der Kapitaleseite Versprechungen abgegeben, etwas gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu unternehmen. Das wurde vor zwei Jahren schon einmal ohne jeglichen Erfolg getan.

In den verschiedensten Arbeitsgruppen werden die Gewerkschaften immer weiter eingebunden und mittlerweile wird wie schon Ende der 60iger Jahre wieder über Lohnleitlinien und volkswirtschaftliche Datenkränze geredet. Der Rappe Nachfolger Hubertus Schmoldt und der ÖTV-Vorsitzende Herbert Mai, die schon auf dem letzten DGB-Kongreß in Düsseldorf gemeinsame Anträge einreichten, betätigen sich hier als Vorreiter in den Gewerkschaften für diese von der Kapitaleseite geforderten Positionen. Was kümmert es da die beiden „Sozialpartner“, daß noch vor Monaten sich die Gewerkschaften einig waren, bei den „Bündnisgesprächen“ nicht über Lohnleitlinien zu sprechen! Aber wenn wundert es, daß das Kapital das sofort wieder aufgreift?

Die Gewerkschaften sollen in diesem Bündnis weich geklopft werden. Immer deutlicher wird, daß dieses Bündnis einzig und allein dazu dient, den Gewerkschaften die Hände zu binden. Der neueste Vorschlag kommt vom Bund Katholischer Unternehmer. Zur Konfliktvermeidung bei Tarifverhandlungen schlägt der Bund die Einrichtung eines „Rates für sozialen Frieden“ vor. Die von dem ehemaligen Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Dieter Kirchner, entwickelte Idee, daß dieser bei festgefahrenen Fronten von Kapital und Gewerkschaftsseite angerufen werden soll, sieht vor, daß gegen den Vorschlag des Rates nicht gestreikt werden darf! Der von der Bundesregierung zu berufende Rat solle mit je einem Vertreter (man achte auf die Besetzung!!) von Bundesbank, Sachverständigenrat, Konjunkturforschungsinstitut, Bundesanstalt für Arbeit besetzt werden. Hinzu käme ein Wissenschaftler. Nach Ansicht Kirchners würde der „Rat für sozialen Frieden“ den „Teppichhandel“ bei den Tarifverhandlungen stoppen und dazu beitragen, daß die Gewerkschaften vor vornherein auf „unrealisierbar hohe Forderungen“ verzichten.

Die Knebelung soll also ihren gesetzliche Rahmen bekommen und die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit vollends verhindert werden.

Auch daran zeigt sich, daß der objektive Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit nicht unter einen Hut zu kriegen ist. Uns ist klar: Für die Kapitaleseite zählt nur der Profit. Sie brauchen die Massenarbeitslosigkeit zur Erpressung und haben darum kein Interesse am erfolgreichen Abbau der Arbeitslosigkeit.

Daß die Gewerkschaften trotzdem immer wieder darauf eingehen, Illusionen haben, mit sozialpartnerschaftlichen Mittelchen das Grundübel der kapitalistischen Gesellschaft lösen zu können, liegt neben den

am Anfang dargelegten Ursachen der Sozialpartnerschaft, auch an dem heutigen Erfolg Jahrzehnte langer massiven Bearbeitung des Kapitals und ihrer Medien wie die Standortdebatte zeigt. Es liegt auch an dem Verzicht der Gewerkschaften auf Massen beeinflussende Medien, der zunehmenden Veränderungen in der Funktionärsschicht der Gewerkschaften wo „New-Comer“, Modernisierer aus den Universitäten statt gestandene Funktionäre aus dem Betrieben in Amt und Würden kommen.

Es ist aber vor allem eine gesellschaftliche Fehleinschätzung. Besser: Eine nicht vorhandene Analyse

1. der Weltmarktsituation
2. der politischen Weltsituation nach dem Zusammenbruch des Sozialismus
3. der fehlenden Analyse und entsprechender Konsequenzen aus der veränderten Situation in den Betrieben, aus den neu entwickelten Management Techniken und neuen Produktionsformen.

Wie sehr diese neuen Bedingungen verkannt werden, zeigt z. B. das Papier des IG Metall-Vorstandes zum Bündnis für Arbeit vom November 1998, in dem es u. a. heißt, daß ein *„gesellschaftspolitischer Zukunftsdialo g über die Erschließung neuer Wachstums- und Beschäftigungsfelder gesellschaftlichen Bedarfs, über die Reform des Sozialstaates sowie über die europäische und internationale Einbettung der beschäftigungs- und reformorientierten Politik ansteht. Der Glaube an die Rückkehr zum Sozialstaat verkennt die neuen gesellschaftlichen, globalen Realitäten in dieser Welt, wie am besten das M. A. I. beweist“*.

Welche Gründe aber sollte es dafür geben, daß die entscheidenden Banken und Konzerne in einem Bündnis für Arbeit sich verpflichten, auf Profit zu verzichten, um Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen sowie Standorte zu sichern? Welche Beweggründe sollte es geben, Interessen des Großteils dieser Bevölkerung nach sozialer Sicherheit zu gewährleisten? Warum sollte ausgerechnet jetzt durchzusetzen sein, was die IG Metall in ihrem Beschluß zum Bündnis für Arbeit fordert: Arbeitsumverteilung und Arbeitszeitverkürzung; aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik; Wachstumsinnovations- und Investitionsförderung; Förderung von Massenkaukraft? Nein, man muß kein Prophet sein, um vorherzusagen: Diese Strategie des Bündnisses für Arbeit wird eine umfassende Niederlage für die Gewerkschaftsbewegung bedeuten, die vielleicht sogar langfristig eine Existenzkrise werden kann.

Das Selbstverständnis der Gewerkschaften, Interessenvertretung die Mobilisierung und Kampffähigkeit voraussetzt wird zunehmend aufgegeben. Daß die Analyse der Realität so wenig Beachtung findet, hängt sicher ebenfalls mit der Schwäche der Linken in den Gewerkschaften zusammen.

Wir haben in der UZ vom 5. Februar 2000 aufgezeigt, daß alle Fakten und Zahlen über Gewinne, Löhne und Arbeitslosigkeit dem demagogischen Gejammer der Unternehmer und entsprechenden Maßhaltetabellen aus dem Regierungslager widersprechen. Von 1993 bis 1997 sanken die Netto-Löhne um drei Prozent. Und die Zahl der Beschäftigten sank um sieben Prozent. Die weiteren Zahlen belegen das Lohnverzicht keinen einzigen Arbeitsplatz geschaffen hat.

Die Beweggründe des Kapitals für diese Behauptungen sind klar, sie wollen eine bessere Position auf dem Weltmarkt um ihre Profitraten weiter in die Höhe zu schrauben. Sie verlangen in ihrem Zehn-Punkte Katalog: Flexibilisierung aller Arbeitsverhältnisse, weitere Deregulierung, vor allen Dingen der Tarifverträge und tarifvertraglichen Regelungen, Unterordnung aller staatlicher Politik unter die Profitinteressen der Unternehmer.

Nach meiner Ansicht verfolgen sie seit langem zwei Linien um den Gewerkschaften kurz oder langfristig den Garaus zu machen. Es ist die harte Linie eines Hundt und Stihl die auf die Zerschlagung der Gewerkschaften setzt und es ist die Linie u. a. des Chemiekapitals was auf die Einbindung der Gewerkschaften setzt. (Rolle der IG BCE)

Welche Alternativen gibt es? Die Bündnisse von Unten greifen zur Zeit nicht. Hier spielt die Situation in den Betrieben, die nach wie vor vorhandene Verzichtsmentalität und Angst vor Arbeitsplatzverlust eine große Rolle.

Es bleibt im Moment mit unserem bescheidenen Mitteln kein anderer Weg als - systematisch, hartnäckig, beharrlich und geduldig, wie Lenin es nannte - in den Betrieben die Auseinandersetzungen und Widersprüche voranzutreiben, die zur Klärung der eigenen Interessenlage, die zur Einsicht in die gesellschaftlichen Verhältnisse führen, kurzum die neues Bewußtsein schafft. Denn, um ein letz-

tes Mal Lenin aus dem „Linken Radikalismus“ zu zitieren: *„Damit aber wirklich die ganze Klasse, damit wirklich die breiten Massen der Werktätigen und vom Kapital Unterdrückten zu dieser Position gelangen, dazu ist Propaganda allein, Agitation allein zuwenig. Dazu bedarf es der eigenen politischen Erfahrung dieser Massen.“*

Fazit:

Die deutschen Gewerkschaften befinden sich in einer Krise. Die 90er Jahre waren gekennzeichnet von Stagnation und Niedergang. Ausdruck hierfür ist u. a. der stetige Mitgliederrückgang, die schwindende Organisationsbereitschaft bei Jugendlichen und Beschäftigten der modernen Dienstleistungsunternehmen, und der Rückgang der Bildungs- und Pressearbeit, wie die Beispiele von Schulschließungen und Einstellungen von Presseorganen zeigen. Die Organisationsreform des DGB sowie die Fusionen der Einzelgewerkschaften werden vor dem Hintergrund dieser Probleme und der daraus resultierenden Finanzprobleme vorangetrieben, statt aus Gründen der veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen. Die Folge ist ein Zurückziehen der Gewerkschaften aus der Fläche und ein Abbau des Personals. Gewerkschaftsbüros werden zunehmend mehr zu „Servicestationen“ und die politischen Gewerkschaftssekretäre zu „Sachbearbeitern“.

Das gesellschaftliche und politische Kräfteverhältnis, hat sich seit längerer Zeit zu Gunsten des Kapitals, insbesondere der transnationalen Konzerne, gravierend verändert. Die Gewerkschaften befinden sich auf fast allen Gebieten auf einer Verteidigungs- oder Rückzugsposition. Die Existenz- und Kampfbedingungen der Gewerkschaften haben sich durch das Voranschreiten der Neuen Technologie, der gewachsenen Rolle der Finanzmärkte („Shareholder Value“), einer neuen Stufe der Integration der Weltmärkte („Globalisierung“), sowie enormer Veränderungen in den Produktions- und Arbeitsprozessen (Outsourcing, Gruppenarbeit, neue Managementmethoden) grundlegend gewandelt.

Diese Entwicklung geht einher mit steigender Massenarbeitslosigkeit, Entsolidarisierung und Anpassungsbereitschaft. Durch den zunehmenden Druck und den Drohungen des Kapitals mit Betriebsschließungen, Fusionen, Massenentlassungen und Verlagerungen ins Ausland werden immer mehr Beschäftigte und Betriebsräte zur Anpassung und Kompromißbereitschaft gezwungen, wie das Beispiel von Holzmann zeigt. Nicht wenige Gewerkschaften reagieren auf diesen Druck mit der Aufgabe von erkämpften Positionen wie die Beispiele von Öffnungsklauseln in Tarifverträgen nachweisen, während gleichzeitig betriebliche Aushöhlungen sowie Unterschreitungen tarifvertraglicher Regelungen offen oder stillschweigend geduldet werden.

Diese Entwicklung ist Ausdruck eines neuen Geistes der Sozialpartnerschaft, der am deutlichsten hervortritt in dem Gutachten der gemeinsamen Mitbestimmungskommission der Hans-Böckler- und Bertelsmannstiftung (1998), in der die gemeinschaftliche Anerkennung der Sicherung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der Produktionsstandorte gegenüber der internationalen Konkurrenz propagiert wird. Diese Entwicklung wird ebenfalls deutlich an den bisher stattgefundenen Sitzungen des „Bündnis für Arbeit“. Von dem „Bündnis für Arbeit, Ausbildungsplätze und Wettbewerbsfähigkeit“ ist nur noch das „Bündnis für Wettbewerbsfähigkeit“ übrig geblieben. Die Gewerkschaften werden in diesem „Bündnis“ zunehmend für eine Modernisierungskoalition mißbraucht, bei der es darum geht, die heimischen Investitions- und Produktionsbedingungen für in- und ausländisches Kapital attraktiv zu machen. Diese Strategie des Bündnisses für Arbeit wird eine umfassende Niederlage für die Gewerkschaftsbewegung bedeuten, die vielleicht sogar langfristig eine Existenzkrise werden kann.

Aus unserer Sicht bleibt der entscheidende politische Mangel in den Gewerkschaften: Es fehlt eine Analyse der gravierenden Veränderungen auf dem Weltmarkt; es fehlt eine Analyse der neuen politischen Situation in der Welt nach dem Zusammenbruch des Sozialismus und es fehlt eine Analyse und entsprechende Konsequenz aus der veränderten Situation in den Betrieben, aus den neue entwickelten Managementformen und Produktionsorganisationen. Nach wie vor glauben führende Gewerkschafter, daß es ein irgendwie Zurück zum „Sozialstaat“ zur „sozialen Marktwirtschaft“ geben wird. Sie verkennen die neuen Realitäten in der Welt, die am deutlichsten hervortreten an dem geplanten Multilateralen Investitionsabkommen (M. A. I.) der größten transnationalen Konzerne mit den reichsten Staaten der Welt, was bei der Umsetzung zur Folge haben kann, dass sämtliche sozialen und arbeitsrechtlichen Errungenschaften der Arbeiterbewegung in Frage gestellt werden. Die immer schärferen Angriffe auf die Tarifautonomie, auf das gesamte Tarifvertragssystem und damit auf die tragenden Säulen gewerkschaftlicher Politik, verstehen sie nicht als Zunahme des Klassenkampfes „von oben“. Der heutige Bewußtseinsstand der überwiegenden Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben setzt sie noch nicht in die Lage, diese neuen Herausforderungen klar zu erkennen. Es fehlt ein politisches Angebot zu Alternativen, worin die Schwä-

che der gesamten linken Bewegung in unserem Lande zum Ausdruck kommt. Es fehlt aber auch in den Gewerkschaften die Diskussion um neue Visionen.

In dieser Hinsicht, war neben den auch wahrzunehmenden neuen politischen Diskussionen in Betrieben und Gewerkschaften, das Treffen der sich neu formierenden Gewerkschaftlichen Linke, im Dezember 1999 in Stuttgart, ein hoffnungsvoller neuer Ansatz. Wir beteiligen uns an dem Prozeß der Sammlung von Kräften, die den Klassenwiderspruch in dieser Gesellschaft nicht ignorieren und auf gewerkschaftliche Gegenwehr statt auf „Sozialpartnerschaft“ orientieren. Die innerhalb der gewerkschaftlichen Linken diskutierten Positionen wie u. a.:

Das Festhalten an grundlegenden Erkenntnissen der Kapitalismusanalyse und -kritik, des darin eingeschlossenen Interessengegensatz von Kapital und Arbeit und die Notwendigkeit der Analyse und Diskussion über die neuesten Entwicklungstendenzen die sich daraus ergeben;

das Selbstverständnis, dass die Gewerkschaftliche Linke sich mit anderen fortschrittlichen politischen und sozialen Kräften verbinden muss, um eine so dringend notwendige neue außerparlamentarische Bewegung zu entwickeln;

- daß die Gewerkschaftliche Linke sich international und vor allem in Europa, mit kapitalismuskritischen Bewegungen zusammenschließen muss, um das Kräfteverhältnis auf dieser Ebene zu verändern;
- daß die gewerkschaftliche Linke sich nur dann erfolgreich weiterentwickeln kann und an Einfluss gewinnt, wenn sie in enger Verbindung mit den Beschäftigten in den Betrieben und ihrer Interessenvertretungen steht; findet unsere Unterstützung.

Dafür wollen wir Kommunistinnen und Kommunisten, mit den uns zu Verfügung stehenden Mitteln unseren Beitrag leisten. Wir hoffen auf einen offenen Diskussionsprozeß unter Einschluß aller linken Strömungen innerhalb der Einheitsgewerkschaft, der Raum läßt für produktive Auseinandersetzungen zu den verschiedensten Fragen innerhalb der Gewerkschaftslinken.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten sehen als eine der wichtigsten Aufgaben, das Wirken in den Einheitsgewerkschaften und vor allem in den Betrieben um die Erkenntnisse vom Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit, vom grundlegenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit des Klassenkampfes neu zu vermitteln.

Eine Gewerkschaft, die nicht kampffähig ist, hat keine Zukunft. Nur wenn die Gewerkschaftsbewegung wieder konsequente Gegenmacht zu den Interessen des Kapitals wird, besteht die Chance den Niedergang der Gewerkschaften zu verhindern und eine Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses einzuleiten.

In diesem Prozeß besteht unsere spezifische Aufgabe darüber hinausgehend darin:

1. **Nachzuweisen, daß nur im gemeinsamen solidarischen Handeln und im Klassenkampf die Interessen der Arbeiter und Angestellten durchgesetzt werden können.**
2. **Wissen und Erfahrungen über dem Klassencharakter des kapitalistischen Staates zu vermitteln.**
3. **Die Erkenntnis zu verbreiten, daß die grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse nur durch die Überwindung des Kapitalismus durchgesetzt werden können, daß der Sozialismus notwendig und umsetzbar ist**
4. **Die Einsicht zu vermitteln, daß es einer starken DKP bedarf, um Veränderungen in diesem Land im Interesse der Arbeiterklasse voran zu bringen.**

Wolfgang Teuber

D. Beratung der DKP zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

11. Dezember 1999, Mannheim - Referat: Leo Mayer

Wenn ich drei exemplarische Beispiele zur Charakterisierung des gegenwärtigen Kapitalismus nennen sollte, dann fallen mir ein:

1. Mannesmann
2. Holzmann
3. Seattle

1. Seattle

In dieser Stadt eröffneten Ende November die G7 ihren Angriff auf den Rest der Welt. Das Jahr 1999 hat mit der Liberalisierung der Finanzdienstleistungen und dem Aufbrechen der Öko

nomien Südostasiens in Folge der SOA-Krise der Globalisierung neue Schubkraft versetzt. Mit einem Regierungstreffen wollte die Welthandelsorganisation WTO nun eine neue Freihandelsrunde; großspurig "Jahrtausend-Runde" genannt, eröffnen. Und damit das nächste Jahrtausend auch tatsächlich zum Jahrtausend der Multis wird, sollen in der auf drei Jahre angelegten Verhandlungsrunde zu den drei Themen "Investitionen, Wettbewerb und Regierungstätigkeit" verbindliche Abkommen geschlossen werden.

Als die Delegierten nach Seattle zum Gipfeltreffen der Welthandelsorganisation angereist waren, hatten sie sich wohl gut vorbereitet gefühlt. Zwar war es ihnen im Vorfeld nicht gelungen, sich auf eine Tagesordnung zu einigen. Aber sie hatten die Papiere im Gepäck und die Tricks im Kopf, mit denen sie um die Kompromisse feilschen würden. Nur an eines hatten sie nicht gedacht: an hunderte Millionen Menschen, die Angst um ihre Zukunft in einer globalisierten Welt der Multis haben. Bei ihnen findet das Versprechen, Freihandel würde zu allgemeinem Reichtum führen, kaum mehr Gehör.

Und so hatte ein buntes Bündnis von amerikanischen Stahlkochern, indischen Textilarbeitern, Bauern aus Lateinamerika, Aktivisten der französischen CGT, von 3. Welt- und Umweltgruppen ihren Protest nach Seattle getragen und letztendlich die feierliche Eröffnung zum Scheitern gebracht. Mit dieser Allianz im Rücken stellten einige Länder der 3. Welt selbstbewußter ihre Forderungen.

Eine französische Zeitung: *"In Seattle hat eine neue Idee gesiegt. .. Die neuen Internationalisten, die auf dem Bauernhof ebenso zu Hause sind wie im Internet, ... , plädieren für eine neue Weltordnung. Für eine Welt des Austauschs, die mehr ist als ein einfaches Warenhaus."* (Le Monde, nach SZ, 7.12.99)

Es waren aber vor allem die Differenzen zwischen den imperialistischen Zentren, an denen die Erstellung der Tagesordnung für die Verhandlungen gescheitert ist.

Die EU war mit dem Vorsatz nach Seattle gereiste, eine breite Tagesordnung über Handel und Wettbewerb, Investitionsschutz, Sozial- und Umweltstandards durchzusetzen, während die USA vor allem an der Liberalisierung der Agrar- und Dienstleistungsmärkte interessiert sind. An diesen Gegensätzen scheiterte letztendlich die Einigung auf eine Tagesordnung. Dies bedeutet, daß zwar im Januar 2000 die Verhandlungen beginnen, allerdings nur über Agrar- und Dienstleistungen. Also mit den Themen, an denen die Amerikaner das größte Interesse haben. Aus diesem Grund wird der Verhandlungsführer USA verdächtigt, kein Interesse an einer Einigung gehabt zu haben.

Treibende Kraft ist eine Handvoll Finanzkonglomerate, die mit der Liberalisierung der Finanzdienstleistungen eine Restrukturierung der globalen Finanzarchitektur anstrebt. In einem perfekten Timing hatte der US-Senat sechs Wochen vor dem Treffen in Seattle alle Einschränkungen im amerikanischen Finanzsektor aus dem Jahre 1933 aufgehoben und damit die Weichen in Richtung einer noch nie dagewesene Zentralisation der globalen Finanzzentren gestellt. Sie sind die Kreditgeber und Shareholder der High-Tech-Fabriken, der Rüstungs-, Öl- und Chemiekonzerne. An ihren Fäden hängen Parteien und Regierungen. Gemeinsam mit der WTO sollen nun alle Barrieren für den freien Fluß des Finanzkapitals beseitigt werden. Für die Herrscher der Wall Street – Merrill Lynch, Citigroup, J.P. Morgan, Deutsche Bank-Bankers Trust, etc. – wird der Weg frei gemacht, um die Welt zum Nutzen ihrer Profite zu deregulieren, zwangszuverwalten und auszuplündern und letztendlich zu destabilisieren – unabhängig vom aktuellen Ausgang des Treffens in Seattle.

Das transnationale Finanzkapital drängt auf weitere Deregulierung des Weltmarktes, die Festigung seiner ökonomischen und politischen Macht und die Unterwerfung der Staaten unter seine Interessen; die USA wollen ihre hegemoniale Position in der Neuen Weltordnung festigen.

2. Holzmann:

Jobs, Jobs, Jobs – mit diesem Credo hat Gerhard Schröder seinen eigenen Job als Bundeskanzler angetreten. "Ich will die Arbeitslosigkeit deutlich senken. Daran werde ich mich messen lassen", versprach er. Mit der drohenden Holzmannpleite hatte nun seine Stunde geschlagen. In einer perfekten Inszenierung ließ er sich als Retter von 60.000 Arbeitsplätzen – zeitlich gut abgestimmt vor dem SPD-Parteitag – feiern.

Angeblich war es ein Sieg der Politik über die Ökonomie. Aber das stimmt nicht. Je mehr der Markt in die Krise kommt, um so mehr tritt die Ökonomie, treten die Banken und das Finanzkapital als die Gestalter der Politik hervor. Dies trifft auch und gerade bei Holzmann zu. Die Kredite der Banken werden mit Staatsgeldern gesichert, Holzmann vernichtet Arbeitsplätze und wird zergliedert. Und ganz nebenbei wird der Tarifvertrag abgeräumt und werden die Beschäftigten auf die Streckbank der Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung gezwungen.

Mit der Vereinbarung bei Holzmann wird ein weiterer Schlag gegen die Gültigkeit des Flächentarifvertrages geführt. Schon setzen die Unternehmer nach. Der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Reinhard Göher, fordert, daß die bei Holzmann geplanten Lohnkürzungen auch in anderen Firmen möglich werden.

Der Staat als Magd des Marktes - ist im übrigen auch einer der Kernpunkte im Schröder/Blair-Papier: die bisherige Anschauung der Sozialdemokratie, daß der Markt durch die Politik reguliert werden müsse, wird umgedreht in *"Die Steuerungsfunktion von Märkten muß durch die Politik ergänzt und verbessert, nicht aber behindert werden."* (Schröder/Blair-Papier)

3. Mannesmann

Der Übernahmekrimi wird dargestellt als die Abwehrschlacht des "rheinischen Konsenskapitalismus" gegen den anglo-amerikanischen Shareholder-Value-Kapitalismus. Gewerkschaften und Regierung springen in einer nationalen Abwehrschlacht Mannesmann zur Seite. Interessanterweise sind die Banken viel zurückhaltender. Es scheint, daß die Abwehr von Pirelli beim Übernahmever such von Conti die letzte "nationale" Tat der deutschen Banken war.

Im Kern geht es denn bei dieser Auseinandersetzung auch nicht um die Mitbestimmung oder gar um Sicherung von Arbeitsplätzen, sondern darum, welche Unternehmensstrategie profitträchtiger ist – die von Mannesmann oder die von Vodafone. Sollten die Investmentfonds – Mannesmann ist zu 78,8 Prozent im Besitz institutioneller Anleger, 37 Prozent befinden sich in deutscher, 40,5 Prozent in britischer und US-amerikanischer Hand – zum Ergebnis kommen, daß die Vodafone-Strategie mehr Profit abwirft, dann bedarf es wahrscheinlich nur Umschichtungen des Aktienbestandes bei den gleichen Fonds und Banken, um die Übernahme zu vollziehen.

Fusionskarussell und der Kampf um Maximalprofit

Mannesmann ist geradezu ein exemplarisches Beispiel dafür, wie sich das Fusionskarussell immer schneller dreht, und wie Übernahmen und Übernahmegerüchte als Treibsatz für die Aktienkurse wirken. Nach den Fällen Deutsche Bank / Bankers Trust, Daimler / Chrysler, Mannesmann / Orange, Renault / Nissan, DASA / Aerospatiale-Matra gibt es so gut wie keine Konzernkombination mehr, die auszuschließen wäre. Voraussetzung: Die Investmentbanker sind der Überzeugung, daß Branchenstrukturen und Unternehmenskulturen halbwegs zusammenpassen. Und auf keinen Fall darf ein Konglomerat, ein breit diversifizierter "Tausendfüßler" entstehen.

Die Mischkonzerne Veba und Viag verkünden ihren Zusammenschluß und teilen sofort mit, daß sie sich von einem Drittel ihres Umsatzes und von 100.000 Beschäftigten trennen wollen. Man wolle sich um das Kerngeschäft kümmern.

Mannesmann gibt sein Interesse bekannt, für schlappe 50 Milliarden DM den britischen Mobiltelefonbetreiber Orange übernehmen zu wollen, und veröffentlicht gleichzeitig den Beschluß des Vorstandes, daß der Traditionskonzern in zwei Teile aufgegliedert wird; ein Teil für den Maschinenbau, der andere für die Telekommunikation. Die Börse reagiert zufrieden und die Wirtschaftspresse feiert den Schritt als logisch und sinnvoll. Aber da kommt schon die Meldung, daß der britische Mobilfunker Vodafone für sage und schreibe 240 Milliarden Mark eine feindliche Übernahme von Mannesmann vorbereitet. Im Erfolgsfall will Vodafone den Mischkonzern Mannesmann vollständig zerschlagen.

Größe an sich ist so ziemlich das letzte, was den Investment- und Pensionsfonds, den Investmentbanken und den Investmentabteilungen der Versicherungen imponiert. Konzerninterne Quersubventionierung ist ihnen das größte Gräuél. Die Analysten der Investmentbanken haben es gern, wenn sie Unternehmen ohne Mühe vergleichen können. So lassen sich leichter Empfehlungen für den Kauf oder Verkauf von Aktien aussprechen. Da hilft auch der Fakt nicht, daß Unternehmen mit einer breiten Produktpalette besser abschneiden als die vielgepriesenen Ein-Fokus-Firmen. Denn die Idee, wonach Unternehmen mehrere Standbeine brauchen, damit sie die Zyklen der verschiedenen Geschäfte ausbalancieren oder längerfristige F&E-Projekte realisieren können, ist immer noch nicht falsch.

Wenn sich Unternehmen zur Fokussierung entschließen, folgen sie meist dem Druck der Finanzmärkte. Was die Investmentbanker wollen, das sind lupenreine Ein-Branchen-Unternehmen, die zu den Spitzenreitern ihrer Branche gehören und ihren Markt, möglichst den Weltmarkt, fest im Griff haben. Den Fusionen folgen die Stilllegungen und Ausgliederungen. Vertikalisierung und "Benchmarking" halten im Konzern Einzug, d.h. alle Geschäftsbereiche müssen sich an der Kapitalrendite der jeweils weltbesten Konkurrenten messen lassen. Wer in absehbarer Zeit nicht wenigstens Platz 2 - 3 weltweit versprechen kann, wird aus dem Konzernverbund eliminiert, denn nur auf Platz 1 oder 2 lasse sich dauerhaft genügend Gewinn erwirtschaften, so sind dann üblicherweise die Vorgaben. Und schon derjenige, der mit seiner Rendite vorübergehend hinter vorgegebene Standards und branchenspezifische Vergleichswerte zurückbleibt, kommt in die Rubrik "Wertevernichter".

Jeder dieser Konzerne nimmt sich vor, schneller als der Markt zu wachsen. In einem gnadenlosen Verdrängungswettbewerb verdrängen die Konzerne mit den kürzesten Entwicklungszeiten, den fortgeschrittensten Technologien, den niedrigsten Produktionskosten und Preisen und dem verzweigtesten Vertriebssystem ihre Konkurrenten vom Markt.

Dem Kostendruck soll durch Wachstum und gnadenlose Rationalisierung begegnet werden. Konzerne, die nicht rechtzeitig auf eine überlebensfähige Größe wachsen, werden zum Opfer des Konzentrationsprozesses. Wer nicht die kritische Masse erreicht ist bald verloren. Wer nicht als die Nummer eins, zwei oder drei am Markt und in allen Regionen der Triade - Nordamerika, Europa, Südostasien - aktiv ist, muß aufgeben oder sich nach einem Partner umsehen.

Und so hat ein länderübergreifendes Fusionsfieber die Weltwirtschaft gepackt; eine Megafusion jagt die andere. Quer durch alle Branchen rollt die Fusions- und Übernahmewelle. Kaum hat man ganz tief in der Kiste der Superlative gekramt, um einen passenden Begriff für die Hochzeit von Daimler - Chrysler zu finden, da kommt die Meldung über das Zusammengehen von Exxon und Mobil. Die US-Telekommunikationsbetreiber Bell Atlantic und GTE feiern die viertgrößte Firmenhochzeit aller Zeiten und vereinen sich zu einem globalen Telekom-Riesen, die US-Großbank Citicorp verbündet sich mit der Finanzgruppe Travelers zum größten Allfinanzkonzern der Welt, die Flugzeugfabrikanten Boeing und McDonnell-Douglas fliegen längst gemeinsam, jetzt gehen DASA / Aerospaciale-Matra zusammen in die Luft. Dann kommt der "größte Firmenzusammenschluß der Geschichte" mit der Übernahme von Sprint durch MCI WorldCom für 129 Milliarden Dollar. Die Aufkäufe koreanischer, philippinischer oder brasilianischer Firmen durch Konzerne und Kapitalgruppen aus den USA oder Westeuropa sind der Wirtschaftspresse nur noch Randnotizen wert.

Betrag der weltweite Gesamtwert der Fusionen im Jahr 1992 noch 350 Milliarden Dollar, so ist er im Jahr 1998 auf 2.100 Milliarden Dollar hochgeschossen. Die Wirtschaftskraft der neuen Konzerne ist oft größer als das Bruttosozialprodukt ganzer Länder.

Diese Mega-Fusionen werden nicht mehr aus den Gewinnen und der Kriegskassen der Konzerne bezahlt. *"Die Aktie wird zur Aquisitionswährung"* wird gesagt und die Orientierung auf den Shareholder Value, also die Wertsteigerung des Unternehmens an der Börse, forciert. Noch einmal das Beispiel Mannesmann: Mit 242 Mrd. DM wird Mannesmann bewertet. Das interessante, der traditionelle Teil mit 90.000 Beschäftigten – zu dem immerhin so Konzerne wie die Panzerschmiede Krauss-Maffei gehören – schlägt mit lediglich 15 – 18 Mrd. zu Buche. Das Risiko in dieser Entwicklung besteht darin, daß das Verhältnis von Gewinn zu Börsenkurs wird immer abenteuerlicher wird. Inzwischen wurde eine Relation wie zuletzt vor der Weltwirtschaftskrise 1929 erreicht.

Zudem haben die Zusammenschlüsse den wunderbaren Nebeneffekt, daß sich die Zahl der Konkurrenten auf natürliche Weise reduziert. Das kostet Arbeitsplätze. Der Öffentlichkeit, Gewerkschaften, Belegschaften und ihren Vertretern in den Aufsichtsräten werden die Zusammenschlüsse damit schmackhaft gemacht, daß große Unternehmen langfristig auch Arbeitsplätze sichern würden. Komisch, gesichert oder gar vermehrt werden Arbeitsplätze immer nur langfristig. Kurzfristig dagegen gehen sie mit jeder Fusion in Massen verloren. So haben die zehn belegschaftsstärksten Konzerne der BRD im Zeitraum von 1991 bis 1997 ein Viertel ihrer Inlandsbelegschaft gekappt (-333.000 Arbeitsplätze), während die Aktienkurse explodierten. Dies ist einer der Gründe für ein Phänomen, das es früher nicht gab: auch in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs steigt die Arbeitslosigkeit. Die Massenarbeitslosigkeit wird zum Dauerzustand. Mit der Arbeitslosigkeit wiederum wird Druck auf die Löhne und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten ausgeübt.

Modellwechsel

DER SPIEGEL: *"Mit den neuen Kapitalisten verschieben sich die Gewichte im weltweiten Monopoly um Arbeitsplätze, Fabriken und Gewinne. Was hierzulande als Modell Deutschland gepriesen wird – (...) – gilt den Geldfürsten der Fonds oftmals als Ärgernis. (...) Sie kennen keine nationalen Grenzen, sie akzeptieren, wenn überhaupt, nur widerwillig die Gegenmacht von Gewerkschaften. (...) Das friedliche Miteinander von Kapital und Management, bisher das Kennzeichen des deutschen Kapitalismus, scheint damit passé."* (DER SPIEGEL, 7/1999)

Der bisherige "deutsche Kapitalismus scheint passé zu sein"! Dies ist das Problem und die Herausforderung, auf die sich Gewerkschaften und Betriebsräte erst einstellen müssen.

Rentenversorgung, Krankenkassen, Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe, Tarifvertragsrecht, Kündigungsschutz sollen so lange reformiert werden, bis die Säulen des bundesdeutschen "Sozialstaates" zusammenbrechen und das antiquierte und investitionshehmende Modell des "rheinischen Kapitalismus" mit sich begraben. Staatliche soziale Sicherungssysteme gelten als ein Luxus, den sich eine Volkswirtschaft im gnadenlosen internationalen Wettbewerb nicht mehr leisten kann.

Und das aufgelöste Rätsel des "Bonner Sparpaketes" lautet paradoxerweise: Je produktiver die Arbeit und je größer der produzierte Reichtum, desto weniger finanzierbar werden soziale Leistungen. Die kapitalistische Globalisierung zerstört die Grundlage des bisherigen Sozialstaates. Deshalb ist auch eine Rückkehr zum "goldenen Zeitalter" des kapitalistischen Wohlfahrtsstaates nicht mehr möglich. Letztendlich waren es diese Realitäten des heutigen Kapitalismus an denen auch Lafontaine scheiterte. Die Süddeutsche Zeitung beschrieb das Dilemma der Sozialdemokratie und damit auch der Gewerkschaften bereits vor einigen Jahren so: *"Der globale Wettbewerb diktiert seine Bedingungen (...) Und die Sozialdemokratische Partei beugt sich, widerstrebend, mit. Was bleibt ihr, außer Rückkehr zum Klassenkampf, auch übrig."* (SZ, 22.5.96).

Sozialstaatliche Regulierung wird sich – wobei offen ist, ob das in der Phase des globalisierten Kapitalismus überhaupt möglich ist –, sozialstaatliche Regulierung wird sich, wenn überhaupt, nur noch durchset-

zen lassen, wenn die Gewerkschaften und die arbeitende Klasse den Klassenkampf mit antikapitalistischem Charakter entwickeln und strukturelle antimonopolistische Reformen durchsetzen. Hatte in der Nachkriegszeit der Sozialismus von außen über die Systemkonkurrenz auf die Klassenauseinandersetzungen eingewirkt, so muß heutzutage dieser Systemgegensatz quasi in die sozialen Kämpfe selbst hineingeholt werden.

Der Grundkonsens der bundesdeutschen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg basierte auf dem stillschweigenden Einvernehmen zwischen Kapital und Arbeit, daß beide Seiten an den Früchten des Wachstums teilhaben. Fixiert wurde dies jeweils über durchaus auch harte Verteilungskonflikte. Ein ganzes Geflecht von Tarifvertragssystem, Sozialsystemen, Sozialgesetzgebung, Betriebsverfassungsgesetz, etc. wurde zur institutionellen Absicherung dieser Suche nach dem sozialen Kompromiß und zur Entschärfung von Klassenkonflikten entwickelt.

Dabei hatte die sozialstaatliche Regulierung – "Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat." (Artikel 20, Absatz 1 des Grundgesetzes) - neben der sozialpolitischen Aufgabenstellung (Absicherung in Notfällen) durchaus auch eine ökonomische Funktion: die Sicherung der Masseneinkommen auch in konjunkturellen Schwächeperioden verhinderte eine stärkere Absenkung der Akkumulationsdynamik und ermöglichte eine zügige Ausbreitung einer der fordistischen Massenproduktion entsprechende Lebens- und Konsumweise.

Die sozialstaatliche Regulierung hatte ihre Grundlage in

- starken Gewerkschaften,
- der Vollbeschäftigung,
- der Orientierung des Kapitals auf den internen Markt,
- und vor allem, im Druck der Konkurrenz mit dem realen Sozialismus Osteuropas, insbesondere der DDR.

Vor diesem Hintergrund konnte die Arbeiterbewegung sozialen Fortschritt und viele Zugeständnisse der Unternehmer erreichen. Immer mit einem Kampf und einer politischen Orientierung innerhalb des kapitalistischen Systems. Die Politik des sozialdemokratischen Reformismus hatte einen breiten Spielraum. In diesem Rahmen konnte die Sozialdemokratie die Hegemonie in der Arbeiterbewegung erringen.

Da es das Ziel der sozialen Sicherung ist, durch sozialstaatliche Regulierung die Arbeitskraft sowie die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung in einem begrenzten Maße von den kapitalistischen Marktgesetzen abzukoppeln, war die Beziehung zwischen Kapital und "Sozialstaat" immer konflikträchlich. Aber die Existenz starker gewerkschaftlicher und politischer Organisationen der Arbeiterbewegung und der Druck durch die Systemkonkurrenz hatte in der Nachkriegszeit auch bürgerlich-konservative Kräfte zur Einsicht gezwungen, daß Staatsinterventionismus und ein sozialer Kompromiß zum Erhalt der inneren Stabilität erforderlich und der ökonomischen Entwicklung nützlich war. Auf dieser Grundlage bestand ein Zusammenhang zwischen Produktivitätsfortschritt und sozialem Fortschritt. Mit der Weltmarktkonkurrenz zerbricht dieser Zusammenhang. Heute wird dieses Modell zu einem Hemmnis für die Expansion des Kapital. Die Situation ändert sich grundlegend.

Robert J. Eaton, Vorstand von Daimler Chrysler auf dem Jahreskolloquium 1999 der Alfred Herrhausen Gesellschaft der Deutschen Bank: *"Eine Sache, die wir heute »globalen Kapitalismus« nennen, wurde entfesselt, und es gibt keinen Weg, ihn aufzuhalten. ... Der Kapitalismus besitzt nun eine neue Dynamik, die sowohl aus der digitalen Revolution als auch aus dem Verschwinden des Kommunismus resultiert."* Übrigens, die Tagung stand unter dem Motto: »Der Kapitalismus im 21. Jahrhundert«.

Internationale Konkurrenzfähigkeit und Kostensenkung – das ist das A&O. Je niedriger die Kosten, desto größer sind die Gewinne. Die wachsende Zahl der Arbeitslosen wird als Druckmittel gegen die Löhne eingesetzt. Der Ausfall der Löhne als Nachfragefaktor auf dem Binnenmarkt soll durch die gesteigerte Exportfähigkeit - dem absoluten Dreh- und Angelpunkt aller Maßnahmen – ausgeglichen werden. Und so gibt es nach Gerhard Schröder keine "rechte" und keine "linke" Wirtschaftspolitik mehr, sondern nur noch eine "moderne" und eine "unmoderne". Modern ist – nichts zu tun, was den Interessen der Wirtschaft widerspricht.

SPD in der Regierung und der "Dritte Weg"

Und SPD-Generalsekretär Struck meinte im "stern" (August 99): *Die alte Position einer Arbeiterpartei "Von den Reichen nehmen, um den Armen zu geben", kann nicht die Politik in einer modernen Gesellschaft sein.*

Modern sind: Ständig neue Steuersparmodelle um Unternehmen und kapitalkräftige Investoren anzulocken. "Europas begehrteste Flüchtlinge" (SZ, 7.12.99) überschreibt die SZ dieses Wettrennen um die Gunst der Reichen und der Unternehmen.

Modern plant die Regierung einen "Nachschlag" in der Steuerreform: Die geplanten 8 Mrd. Steuererleichterung für die Unternehmen werden zu den Akten gelegt. 20 Mrd., das ist die neue Richtzahl. "Die Steuerexperten der acht Wirtschaftsverbände loben diesen Ansatz intern als ‚nahezu beste aller Welten‘." (SZ, 7.12.1999) Nicht nur die Körperschaftsteuer für Aktiengesellschaften wird von 40 Prozent auf 25 Prozent sinken, auch die Steuerbelastung für Personengesellschaften soll den gleichen Nachlaß erhalten.

Bezahlen müssen die Arbeiter und Angestellten, die Studenten, die Rentner, die Arbeitslosen und die Sozialhilfeempfänger. "Die alte Position einer Arbeiterpartei "Von den Reichen nehmen, um den Armen zu geben", kann nicht die Politik in einer modernen Gesellschaft sein." (Struck)

Bodo Hombach, ehem. Kanzleramtsminister und Spezialist für Häuserbau in NRW und im Kosovo: *"Von der SPD werden nach dem Wahlsieg Strukturveränderungen verlangt, die Labour weitestgehend erspart blieben, weil die härtesten Schritte von den Konservativen bereits durchgeführt waren."* (Aufbruch – Die Politik der Neuen Mitte)

Schröder muß – Zitat Dieter Hund, Präsident der Deutschen Arbeitgeberverbände - *"das ‚Modell Tony Blair‘ gleichsam rückwärts anwenden: Der englische Premier hat zuerst New Labour geschaffen, bevor er Regierungsverantwortung übernahm. Schröder ist zuerst von einer ‚Neuen Mitte‘ gewählt worden. Jetzt muß er die SPD neu erfinden, um diese ‚Neue Mitte‘ auch politisch zufrieden stellen zu können."* (Dieter Hund, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, in DER ARBEITGEBER, 4/51-1999)

Den von den Herrschenden gewünschten Durchbruch zur politischen Deregulierung des Staates und des bisherigen Überbaus kann eben nur die Sozialdemokratie vollziehen, da nur sie bisher die Rolle des sozialen Regulativs einnahm. Erst eine SPD in der Regierung und nicht unter Druck einer breiten sozialen Bewegung stehend, konnte zu so einer Verwandlung genötigt werden. In der Opposition wären die innerparteilichen Widerstände für einen solchen Kurs nicht zu überwinden gewesen.

Der sozialdemokratischen Regierungspolitik geht es nicht darum, die mit der neoliberalen Revolution eingetretenen ökonomisch, sozialen und gesellschaftlichen Strukturveränderungen und Kräfteverschiebungen wieder zu korrigieren – das war die Hoffnung der Wähler und ein Ansatz von Lafontaine -, sondern darauf aufzubauen und ihnen soziale Nachhaltigkeit und politische Akzeptanz zu verleihen. Der jüngste Parteitag der SPD hat die Ära Lafontaine endgültig abgeschlossen und damit den Versuch, über Nachfragepolitik die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und Finanzströme und Kapitalmärkte zu regulieren. Lafontaine und seine Finanzpolitik waren zur Zielscheibe für eine Hetzkampagne aus dem Unternehmerlager geworden. Dabei zielten die Angriffe nicht allein auf den Finanzminister, sondern auch noch auf den beträchtlichen Teil in der SPD, der noch für das alte soziale Verständnis der SPD und für einen Politikwechsel stand. Dieser nicht unbeachtliche Teil, der zu nun zu den politischen Verlierern wurde, darf nicht mit dem kleinen linken Flügel der SPD verwechselt werden.

Wird der Inhalt des Schröder/Blair-Papieres handlungsanleitende Programmatik der SPD-Regierung – und alles spricht dafür -, dann wird der Neoliberalismus nicht abgelöst, sondern durch diese Erneuerung gefestigt und gleichzeitig werden Teile noch existierender oppositioneller Kräfte eingebunden.

Gewerkschaften und SPD

Auch wenn die SPD ihre Verbindung zu den Gewerkschaften weiter halten wird, so löst sie sich doch aus der besonderen Verbundenheit – die die deutsche Arbeiterbewegung von je her geprägt hat - mit ihnen. Das ist der endgültige Abschied der SPD von der Tradition der Arbeiterbewegung. Daß der SPD das Thema "Soziale Gerechtigkeit" nicht mehr abgenommen wird, ist Resultat dieser Entwicklung.

Die "Soziale Gerechtigkeit" wird heimatlos. Dabei hat das Institut für Demoskopie Allensbach festgestellt, daß *"ein starker fürsorglicher Staat, ein weit ausgebautes soziales Netz und Gleichheitsideale (haben) in der Bevölkerung einen hohen Stellenwert"* haben. *"Der Ausgang der Bundestagswahl war ein Plebiszit für die Erhaltung des Sozialstaats. .. Nicht nur ein starker Staat und ein möglichst umfassendes Netz, sondern auch die Gleichheitsideale, die ein fester Bestandteil sozialdemokratischer Programmatik sind, finden nach wie vor durchaus breite Resonanz."* (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 20.6.99)

Als Marxisten können wir belegen, daß es Soziale Gerechtigkeit im Kapitalismus nicht geben kann. Aber gleichzeitig waren das Streben nach Gerechtigkeit, nach Solidarität immer enorm mobilisierende Faktoren für die Arbeiterbewegung; das Streben nach Gerechtigkeit und nach Solidarität ist unzerstörbar.

Wie gehen wir mit dieser Situation um, daß die "Soziale Gerechtigkeit" parteipolitisch heimatlos wird:

- ignorieren, und uns auf die Sammlung der kommunistischen Kräfte beschränken,
- so werden wie die SPD (vgl. "Gerechtigkeit ist modern", 12 Thesen von Gregor Gysi),
- oder anknüpfen an den von der Sozialdemokratie geprägten Wertevorstellungen und nach Wegen zu suchen, wie reformistisches Bewußtsein in antikapitalistisches Bewußtsein transformiert werden kann? Mir scheint, das ist die interessanteste – und für die Zukunft vielleicht bedeutendste – Frage und Herausforderung, vor der die sozialistische Linke steht: Kann revolutionäre Politik in nichtrevolutionären Zeiten den Raum besetzen, den geradezu traditionell der Reformismus besetzt gehalten hat? Kann der Kampf um die Verteidigung sozialstaatlicher Regulierung unter den Bedingungen des globalisierenden Kapitalismus an die Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise herantreiben?

Bündnis für Wettbewerbsfähigkeit

Teile der Gewerkschaften werfen sich – in der Hoffnung, Einfluß zu retten – auch dieser SPD-Politik und dem "Bündnis für Arbeit, Ausbildungsplätze und Wettbewerbsfähigkeit" an den Hals. Dabei geht natürlich in dieser Konstellation das "Bündnis für Arbeit" erst jetzt richtig nach hinten los: Vom "Bündnis für Arbeit, Ausbildungsplätze und Wettbewerbsfähigkeit" bleibt nur noch das "Bündnis für Wettbewerbsfähigkeit". Die Gewerkschaften werden aufgenommen in eine Modernisierungscoalition, bei der es darum geht, die heimischen Investitions- und Produktionsbedingungen für in- und ausländisches Kapital attraktiv zu machen.

Wichtig zu erkennen ist, daß das Bündnis für Wettbewerbsfähigkeit in seinem Charakter nicht mehr vom alten sozialpartnerschaftlichen Verständnis von der Gleichwertigkeit der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital geprägt ist, sondern der Bezugspunkt ist von Hause aus die Unterordnung der Arbeitskraft unter die Bedürfnisse der Kapitalverwertung. Die Gewerkschaften haben nur noch die Aufgabe, den Primat der internationalen Konkurrenzfähigkeit sozial verträglich zu vermitteln und den sozialen Frieden auf minimalem Niveau zu sichern.

Unter dem Motto "Jeder Job ist besser als kein Job" erhält der Niedriglohnsektor zentrale Bedeutung. Und – wie es heißt - mit "harter Liebe" werden die Arbeitslosen von einem "aktivierenden Staat" veranlaßt, ihre "zweite Chance" zu nutzen und zur Aufnahme jeder Arbeit gezwungen. Mittels des Druckes eines breiten Niedriglohnsektors soll dann die Entsolidarisierung weiter angeschoben und das Lohnniveau insgesamt nach unten gedrückt werden.

Lohnnebenkosten und Tarifrente

Schuß nach hinten – in dieser Kategorie gehört auch die "Tarifrente mit 60".

Es sind der Fetisch der Lohnnebenkosten und der Beitragsstabilität, die zu so sozialpolitischen Fehlleistungen wie der Forderung nach Tariffonds führen. Die Gewerkschaften haben dieses gesellschaftliche Klima selbst mitverschuldet mit der Zusage in den Bündnisgesprächen 1996, die Sozialbeiträge und die Lohnnebenkosten zu senken und das Renteneintrittsalter schrittweise anzuheben.

„Die Sozialbeiträge insgesamt und die Sozialabgabenquote müssen stabilisiert und bis zum Jahr 2000 wieder auf unter 40 Prozent zurückgeführt werden. Eigenvorsorge muß ein wachsendes Gewicht erhalten. Über die hierzu wie zur Begrenzung der gesetzlichen Lohnzusatzkosten erforderlichen Maßnahmen werden die bisher bereits geführten Gespräche fortgesetzt und vertieft. ... In der Rentenversicherung muß ... das Renteneintrittsalter ... erhöht werden.“ (Bündnis für Arbeit und Standortsicherung, 23. Januar 1996)

„Die am Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit beteiligten Seiten streben vor allem an: 1. weitere dauerhafte Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten; eine strukturelle Reform der Sozialversicherung;“ (Gemeinsame Erklärung des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit, 7. Dezember 1998)

Senkung der Lohnnebenkosten bedeutet gesamtgesellschaftlich gesehen nichts anderes, als Senkung des Preises der Ware Arbeitskraft. Die Unternehmer senken ihre Kosten für die Arbeitskraft. Dafür steigen die Beiträge der Lohnabhängigen durch Zwangssparen oder sonstige Kostenbeteiligungen – siehe Krankenversicherung, bei der über die Zuzahlungen die Versicherten mittlerweile bereits zwei Drittel der Ausgaben bezahlen, die Unternehmer nur noch ein Drittel. Per Saldo sinkt der Konsumtionsfond der arbeitenden Klasse. Es ist dabei nicht entscheidend, ob die teilweise Aufhebung der paritätischen Finanzierung durch individuelles Zwangssparen, so wie es sich Arbeitsminister Riester und die CDU vorstellen, oder durch Tariffonds geschieht. Das Ergebnis ist das gleiche.

Die Tariffrente ist ein Tritt gegen die gesetzliche Rentenversicherung. Dabei stellt gerade die gesetzliche Rentenversicherung mit ihrem Umlageverfahren eine der Hauptsäulen der sozialstaatlichen Regulierung dar. Für die Verteidigung der gesetzlichen Rentenversicherung, die einen hohen Stellenwert im Bewußtsein der Bevölkerung genießt, würden sich breite Bündnisse formieren lassen.

Und keine Illusionen! Der Tariffond ist die Einstiegsdroge in die 4. Säule der Rentenversicherung – privat finanziert und renditeorientiert. Dabei ist es noch nicht lange her, daß die Gewerkschaften eine einheitliche Rentenversicherung gefordert hatten.

Tariffonds sind – unabhängig von der Beteiligung der Unternehmer an der Finanzierung – ein Angriff auf das Umlageverfahren und ein Schritt zum Kapitaldeckungsverfahren. Wenn man bedenkt, daß die Rentenversicherung im Jahr rund 320 Mrd. DM umwälzt und ein kapitalfinanziertes System einen Kapitalstock von annähernd 10.000 Mrd. DM voraussetzt (Hans-Jürgen Krupp, WSI-Mitteilungen 5/1997), dann wird verständlich, warum Lebensversicherungen, Pensionsfonds und das internationale Bankensystem so vehement für den Übergang zu einem kapitalfundierte privaten Vorsorgesystem eintreten. Unverständlich ist, warum auch führende Gewerkschafter dem Druck nachgeben und "undogmatische Modernität" beweisend, gemeinsam mit Regierung und Arbeitgeberverbänden der "Eigenvorsorge wachsendes Gewicht" zumessen und die "deutliche Rückführung der Staatsquote" einfordern (Kanzlerrunde am 23.1.1996).

Pensionsfonds finanzieren die Versicherungsleistung aus den Zinserträgen. Sie müssen hohe Geldkapitalsummen mit maximaler Rendite verwerten. Der Zwang zum Erzielen einer hohen Realzinsrate erhöht den Druck auf das Realkapital (shareholder-value) und führt zur Verschärfung der deflationären Politik von Bundesregierung und Zentralbank. Die Beitragszahler werden auf diese Weise gewissermaßen zu Geiseln des Kapitals, sind mit ihrer Altersversorgung dem Diktat der Finanzmärkte ausgeliefert und bezahlen die Liquidität ihrer Altersversicherung mit der Wegrationalisierung ihres Arbeitsplatzes.

Tarifliche Regelung der Rente, heißt außerdem, Beschränkung auf den Personenkreis, für den die Tarifbindung gilt. D.h. es wird genau der Teil der Arbeiterbewegung herausgebrochen, der das Rückrat einer gesellschaftlichen Kampagne für die Senkung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ohne Rentenabschläge und für eine Neufinanzierung (Beiträge aus Vermögenseinkommen und Wertschöpfungsabgabe) des Sozi-

alversicherungssystem sein müßte. Somit tragen die Gewerkschaft zur weiteren Segmentierung und Entsolidarisierung bei. Zudem trägt die Tariffrente so zur Zerstörung des Grundprinzips der Gültigkeit der Sozialversicherung – nämlich gültig für jedermann bei.

Dabei ist auch die Arbeitsplatzwirkung äußerst bescheiden. Das durchschnittliche Rentenzugangsalter liegt nach Angaben der Rentenversicherer bereits jetzt unter 60 Jahren. Die Belastung am Arbeitsplatz führt zu einem geradezu verbrecherischen Verschleiß der Arbeitskraft. Aber gerade die zwingende Notwendigkeit, kollektive Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen, wird mit der Tariffrente verbaut.

Abzulehnen ist, daß die Kompensation des staatlichen Sozialabbaus an die Tarifpolitik der Gewerkschaften "outsourct" wird. Dies wird die Tarifpolitik vor dem Hintergrund staatlich forcierten Sozialabbaus überfordern und die Krise der Gewerkschaften weiter vertiefen.

Der Preis für die "Rente mit 60" wird hoch sein – zu hoch! (zur Rente siehe auch isw-report 35, "Bilanz neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik", S.23 u.f.)

Zusammenfassend:

1. Die Gewerkschaften befinden seit 1993/94 in der politischen und tarifpolitischen Defensive. Sie befinden sich in ständigen Abwehrkämpfen bis hin, daß Tarifabschlüsse mit Verschlechterungen abgeschlossen wurden (ÖTV, Ergänzungstarife im Metallbereich). Betrieblich "Bündnisse für Arbeit" delegitimieren den Tarifvertrag und unterhöheln die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften.
2. In den Gewerkschaften gibt es die Illusion, daß es irgendwann / irgendwie bessere Rahmenbedingungen geben wird. Wegen der neuen ökonomischen Bedingungen wird es diese nicht geben. Das ist ein epochaler Bruch in der Gewerkschaftsbewegung. 30 - 40 Jahre lang wurden zumindest schrittweise Verbesserungen in den Arbeits- und Lebensbedingungen erreicht. In diesem Jahrzehnt haben die Angriffe auf den materiellen Inhalt der Tarifverträge und das Tarifvertragsrecht durch Tarifflicht und offenen Tarifbruch zugenommen. Der politischen Krise der Gewerkschaften läßt sich nicht mit organisatorischen Fusionen – von IGM bis ver.di – begegnen. Die Annahme der "Eckpunkte des Zielmodells" – eine Art gemeinsamer Fahrplan für die Gründung von ver.di - auf den Gewerkschaftstagen von ÖTV, HBV, IG Medien, Postgewerkschaft und DAG, ist keineswegs identisch mit einem JA zu ver.di und läßt zentrale politische Fragen im Dunkeln. Auf diesen Gewerkschaftstagen wurde das Problem des fehlenden politischen Profils von ver.di und sogar die Gefahr des politischen Scheiterns deutlich. In den Vordergrund des Fusionsprozesses muß die Debatte um inhaltliche Fragen, um Fragen der künftigen Gewerkschaftsstrategie gerückt werden. Organisationsstruktur und Politik müssen auf die Entwicklung von Gegenmacht ausgerichtet werden.
3. Gewerkschaften waren – von Ausnahmen abgesehen - unpolitisch, weil in ihrem Selbstverständnis in einer Arbeitsteilung mit der SPD, diese für die politischen Fragen zuständig war. Dieses Bündnis zerbricht mit dem Übergang der SPD auf den Neoliberalismus (vorausgesetzt, die Gewerkschaften gehen nicht mit, was ein Selbstmordprogramm wäre).
Abschied der SPD von der Arbeiterbewegung heißt nicht, daß sich jeder Sozialdemokrat verabschieden würde. Die Politik der Aktionseinheit mit sozialdemokratisch orientierten Kolleginnen und Kollegen behält nach wie vor ihre Gültigkeit!
Aber die Frage ist, was tritt an diese Stelle des Bündnisses von Gewerkschaften und SPD? Wie können Gewerkschaften politische Forderungen umsetzen? Entsteht eine Situation, die es möglich macht, daß in den Gewerkschaften wieder eine sozialistische Strömung rekonstruiert werden kann?
4. Horst Schmitthener, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall, hat am vergangenen Wochenende bei der Konferenz der Gewerkschaftslinken in Stuttgart folgende Frage aufgeworfen: Findet sich in der SPD noch eine ausreichende Basis, die alternative Politik mehrheitsfähig machen könnte oder ist es vernünftiger, sich auf die PDS zu orientieren und die PDS zu stabilisieren? Ich denke, wir sind gut beraten, den Akzent auf einen anderen Aspekt zu setzen, den Horst Schmitthener auch erwähnt hat: Wenn die Gewerkschaften eine Zukunft haben wollen, dann müssen sie selbst politisch und Teil einer Massenbewegung gegen Arbeitslosigkeit und neoliberale Zerstörung

werden. Die Alternative ist ihr Untergang! Zugegeben, die Frage, wie Gewerkschaftsforderungen in den politisch-staatlichen Raum umgesetzt werden, ist damit auch noch nicht beantwortet.

5. Lohnpolitik muß in den Mittelpunkt die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Verteilungsfrage (Armut/Reichtum) stellen. Lohnpolitik ist bündnisfähig und könnte in eine breite gesellschaftliche Bewegung für Umverteilung und soziale Gerechtigkeit eingebettet werden. Dann kann die sog. SPD-Linke die Frage der "Sozialen Gerechtigkeit" bzw. der "Gerechtigkeitslücke" auch nicht auf die Frage reduzieren, ob auch die Reichen einen Beitrag zum Streichpaket der Regierung leisten.

Vor allem sollten wir ein Auge darauf haben und die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß die Verteilung des Einkommens die Folge der Verteilung des Eigentums, der Verteilung der Produktionsmittel ist.

Ich mache in diesem Zusammenhang auf den neuen Grafikdienst "Reichtum und Kapitalmacht in Deutschland", herausgegeben vom Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung isw aufmerksam.

6. Im Zentrum gewerkschaftlicher Strategien muß der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit stehen. Zwanzig Jahre Massenarbeitslosigkeit haben die Gesellschaft und die Gewerkschaften tiefgreifend beschädigt – Entsolidarisierung, Resignation, Autoritarismus, gesellschaftlicher Zerfall, Zersetzung der Handlungsfähigkeit. Dabei geht es beim Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit weniger um die Erarbeitung von Programmen (die gibt es zur Genüge), sondern mehr um Handlungsstrategien!
7. Wie können wir die Arbeitszeitpolitik (IGM-Kampagne: Arbeiten ohne Ende – Zeit ist Leben) nutzen, um die gegensätzlichen Interessen von Arbeit und Kapital bewußt zu machen. Gerade in den Angestelltenbetrieben mit hohen unbezahlten Überstundenvolumen und der indirekten Steuerung des Verhaltens der Beschäftigten scheint mir das ein vielversprechender Ansatz zu sein.
8. Wie organisieren wir die Betriebspolitik entsprechend den Strukturveränderungen des Kapitals? Die TNK verbinden in einem über die Welt verstreuten konzerninternen Netzwerk die technologischen Vorteile mit Niedriglohn in auswärtigen Standorten und organisieren Zulieferungen und Produktion über verschiedene Unternehmen in der ganzen Welt. Das Aufbrechen der Wertschöpfungsketten und der Aufbau transnationaler Produktionsnetze führt dazu, daß die ganze Welt zum unbeschränkten Handels-, Investitions- und Produktionsraum wird.
9. Gegenwärtig erleben wir die Internationalisierung der Produktion vorrangig als Konkurrenz der Beschäftigten der Standorte gegeneinander um die Sicherung ihrer Arbeitsplätze, um Investitionen, etc. Aber ist es nicht auch so, daß Produktions- und "Kopf"arbeiter durch den engen Entwicklungs-, Produktions- und Zuliefererverbund in einem weltweiten - für sie allerdings schwer durchschaubaren - unmittelbaren Kooperations- und Konkurrenzzusammenhang zusammengeführt werden. Und damit die Voraussetzung schafft für *"die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. Sie wird befördert durch die wachsenden Kommunikationsmittel, die von der großen Industrie erzeugt werden und die Arbeiter der verschiedenen Lokalitäten (und Länder - L.M.) miteinander in Verbindung setzen. Es bedarf aber bloß der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe von überall gleichem Charakter zu einem nationalen (und internationalen - L.M.), zu einem Klassenkampf zu zentralisieren."* (K. Marx / F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, S.53)

E. Aus den Beschlüssen des 15. Parteitages der DKP

- **„DKP – Partei der Arbeiterklasse – Ihr politischer Platz heute“, Handlungsorientierung (Auszüge)**

„DKP – Partei der Arbeiterklasse – Ihr politischer Platz heute“: „Die größte fortschrittliche gesellschaftliche Kraft sind nach wie vor die Gewerkschaften. Der Einsatz in den Gewerkschaften für die Rechte und Interessen der Arbeiterklasse war immer und bleibt ein Schwerpunkt kommunistischer Politik. Heute besteht einerseits die Gefahr, daß eine sozialdemokratische Regierung die Gewerkschaften für eine „neoliberale“ Regierungspolitik instrumentalisiert. Teile der Gewerkschaften kooperieren mit der Regierung und dem "Bündnis für Arbeit, Ausbildungsplätze und Wettbewerbsfähigkeit". Dabei bleibt jedoch vom "Bündnis für Arbeit, Ausbildungsplätze und Wettbewerbsfähigkeit" nur noch das "Bündnis für Wett-

bewerbsfähigkeit". Die Gewerkschaften sollen für eine Modernisierungskoalition mißbraucht werden, bei der es darum geht, die heimischen Investitions- und Produktionsbedingungen für in- und ausländisches Kapital attraktiv zu machen.

Andererseits aber wächst der Gegensatz der gewerkschaftlich organisierten Teile der Arbeiterklasse zur Politik der gegenwärtigen Regierungskoalition aus SPD und Bündnisgrünen. Das ist eine neue Chance, Klassenbewußtsein zu entwickeln und in soziale Auseinandersetzungen klassenkämpferische Positionen einzubringen. Wir beteiligten uns an dem Prozeß der Sammlung von Kräften, die den Klassenwiderspruch in dieser Gesellschaft nicht ignorieren und auf gewerkschaftliche Gegenwehr statt auf „Sozialpartnerschaft“ orientieren.

Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ist dies das wichtigste Feld politischer Aktivitäten. Hier muß sich die DKP unmittelbar als Partei der Arbeiterklasse erweisen.

Der bisherige „deutsche Kapitalismus scheint passé zu sein“. Rentenversorgung, Krankenkassen, Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe, Tarifvertragsrecht, Kündigungsschutz sollen so lange „reformiert“ werden, bis die Säulen des bundesdeutschen „Sozialstaates“ zusammenbrechen. Staatliche soziale Sicherungssysteme gelten als ein Luxus, den sich eine Volkswirtschaft im gnadenlosen internationalen Wettbewerb nicht mehr leisten könne.

Sozialstaatliche Regulierung wird sich, wenn überhaupt, nur noch durchsetzen lassen, wenn die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften den Klassenkampf mit antikapitalistischem Charakter entwickeln und strukturelle antimonopolistische Reformen durchsetzen. Hatte in der Nachkriegszeit der Sozialismus von außen über die Systemkonkurrenz auf die Klassenauseinandersetzungen eingewirkt, so muß heutzutage dieser Systemgegensatz in die sozialen Kämpfe selbst hineingeholt werden. Jeder gesellschaftliche Fortschritt heute sowie Gesellschaftsveränderungen in der Zukunft sind nur denkbar, wenn in breiter Aktionseinheit und in Bündnissen gehandelt wird. Es ist notwendig und möglich, daß Arbeiter, Angestellte, Beamte, deutsche und ausländische Kolleginnen und Kollegen, sozialdemokratische und kommunistische, christliche und parteilose Arbeiter zusammenwirken. Dieses Zusammengehen mit ganzer Kraft zu unterstützen, stets das Einigende in den Vordergrund zu rücken sowie mit Geduld und Aufgeschlossenheit gemeinsame Aktionen zu fördern, das ist ein Grundsatz der DKP.

Eine Politik der Aktionseinheit mit Kolleginnen und Kollegen, die sozialistisch oder kommunistisch, an der PDS oder sozialdemokratisch orientiert sind, hat dabei eine entscheidende Bedeutung. Ziel dieser Zusammenarbeit ist aber auch, eine notwendige Diskussion zu entwickeln, um politische Entwicklungen und Einsichten zu erreichen. Die Orientierung auf die Zusammenarbeit mit diesen Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften ist unabdingbare Voraussetzung, um erfolgreich soziale und politische Ziele durchsetzen zu können.“

*

Handlungsorientierung: „Mit Marx wissen wir: Soziale Gerechtigkeit und privates Eigentum an Produktionsmitteln schließen sich gegenseitig aus. Aber wir wissen auch, dass das Streben nach Gerechtigkeit und Solidarität die Arbeiterbewegung immer geprägt und mobilisiert hat. Das Streben nach Gerechtigkeit und nach Solidarität ist unzerstörbar. Aber soziale Gerechtigkeit kann es nur in dem Maße geben, wie die Macht des Großkapitals eingeschränkt wird. Deutschland ist ein reiches Land, das Werk der arbeitenden Menschen. Sie haben Reichtümer geschaffen, die ausreichen für ein kulturvolles Leben in sozialer Sicherheit, für die Wiederherstellung der Umwelt, für die Solidarität mit Menschen, die vor Hunger, Krieg und Terror in unser Land flüchteten und für einen Beitrag zur Entwicklung einer solidarischen Welt. Allerdings kann keines der Probleme angegangen werden, wenn nicht eine tiefgreifende Umverteilung der Vermögen von Oben nach Unten, von den Gewinnen zu den Löhnen, von den Spekulationsmilliarden und den riesigen Privatvermögen der Milliardäre und Millionäre zu den öffentlichen Haushalten, von Nord nach Süd durchgesetzt wird. Die Macht der Banken und Konzerne muss gebrochen werden!

Wir Kommunistinnen und Kommunisten der DKP treten dafür ein, dass auch bei der gewerkschaftlichen Lohnpolitik die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums in den Mittelpunkt gerückt wird. Lohnpolitik ist bündnisfähig, wenn sie in eine breite gesellschaftliche Bewegung für Umverteilung und soziale Gerechtigkeit eingebettet wird. Als Marxisten lenken wir die

Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass die Verteilung des Einkommens das Ergebnis der Verteilung des Eigentums, d.h. der Verteilung der Produktionsmittel, ist.
Der Gesellschaft geht nicht die Arbeit aus.“

„Arbeitsplätze statt Überstunden

Im Zentrum der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung muss der Kampf um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, konkret um die 32-Stundenwoche, stehen. In den Betrieben muss die Auseinandersetzung um die Reduzierung der

Überstunden und den vollen Freizeitausgleich geführt werden. Mit Arbeitszeitkonten, Jahresarbeitszeiten und anderen Arten flexibler Arbeitszeit sind keine Arbeitsplätze zu sichern; im Gegenteil, sie erlauben die Anpassung der Personalkapazitäten nach unten. In diesen Auseinandersetzungen kann die Grundlage für den Kampf um die allgemeine Durchsetzung der 35-Stunden-Woche, ihre Verankerung im Arbeitszeitgesetz und für weitere allgemeine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich gelegt werden

Der Jugend eine Zukunft

Großbetriebe müssen Ausbildungsplätze in einer Größenordnung von mindestens 10 Prozent der Arbeitsplätze bereitstellen. Betriebe die nicht ausbilden, müssen eine Ausbildungsabgabe bezahlen. Es müssen gleiche Zugangsmöglichkeiten zu den Bildungseinrichtungen geschaffen werden. Wir wenden uns daher u.a. gegen die Privatisierung der Bildungsinstitutionen und gegen Studiengebühren, und treten für die Erhöhung der Ausbildungsvergütungen bzw. Ausbildungsförderung ein.

Öffentliche Dienstleistung statt privater Profit

Nach der Privatisierung von Post und Telekom, Bahn und Lufthansa und anderer staatlicher Betriebe rückt jetzt die Auseinandersetzung um die Privatisierung der kommunalen Stromversorgung und des Nahverkehrs in das Zentrum der Auseinandersetzung. Wir fördern den Widerstand gegen die Umwandlung kommunaler öffentlicher Dienstleistung und Wohnraumversorgung in privaten Profit. Wir entwickeln unsere Solidarität mit dem Kampf der Eisenbahnergewerkschaft für die Verteidigung der Arbeitsplätze bei der Bahn. Der Staat darf sich nicht aus seiner Verantwortung für ein funktionierendes und umweltschonendes Verkehrssystem zurückziehen. Die Bahn darf nicht in einen börsennotierten, profitorientierten Betrieb umgewandelt werden.

Arbeitszeitverkürzung auf europäischer Ebene

Gemeinsam mit den europäischen Kommunistischen und Linksparteien engagieren wir uns für Beschäftigungsprogramme und Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung auf europäischer Ebene. Europa muss aus dem Würgegriff des Stabilitätspaktes und der demokratisch unkontrollierten Europäischen Zentralbank befreit werden. Notwendig sind Konvergenzkriterien, die die real-wirtschaftliche Angleichung fördern und zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut beitragen.

Für Arbeit - gegen die Macht des Großkapitals

Der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit muss in ein langfristiges Konzept zur Zurückdrängung und Überwindung der Macht des Großkapitals, des Umbaus des gesellschaftlichen Arbeitssystems und der Erweiterung demokratischer Rechte eingebunden sein. Die Erwerbsarbeit der Zukunft muss stärker denn je auf gesellschaftlichen Nutzen und ökologische Nachhaltigkeit verpflichtet werden. Ein aktiver Staat mit anti-monopolistischer Orientierung, und der gesellschaftlichen Kontrolle unterworfen, muss eine an den Interessen der Mehrheit orientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik betreiben und demokratische Rechte gegen die Macht des Kapitals verteidigen und erweitern. Effektivität der Wirtschaft darf nicht in der Rentabilität des Kapitals und in den abstrakten Kennziffern der internationalen Konkurrenzfähigkeit gemessen werden, sondern in der Erfüllung der sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen.“

- **weitere Beschlüsse zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit**

Beschluss: Zur Weiterentwicklung der betrieblichen Orientierung der DKP - Der 15. Parteitag orientiert alle Kommunistinnen und Kommunisten auf eine stärkere betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit. Wir orientieren darauf, dass jedes Mitglied, das in einer DGB-Gewerkschaft organisiert ist, sich in den

Gewerkschaften und für die Umsetzung der den Interessen der Arbeiterklasse dienenden Beschlüsse engagiert, deren Aktionen unterstützt und in gewerkschaftlichen und, wenn möglich, betrieblichen Gremien aktiv mitarbeitet. Wir wollen, dass die Gesamtpartei stärker als Partei der Arbeiterklasse nach außen wirkt.

Bei der gegenwärtigen Lage der Partei bedarf es konkreter Schwerpunktsetzung mit dem Ziel, die Betriebsgruppen weiter zu entwickeln und die Voraussetzungen zur Bildung neuer zu schaffen. Unser Ziel ist es, Betriebsgruppen in wichtigen international tätigen Konzernbetrieben der materiellen Produktion, Banken, Versicherungen und Betrieben der neuen Informationstechnologien aufzubauen.

Jede Grundorganisation der DKP unterstützt die gewerkschaftlichen und betrieblichen Kämpfe zur Abwehr der Vernichtung von Arbeitsplätzen, der Zerschlagung von Produktionsstandorten sowie der Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingung der Beschäftigten durch eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit im Wohngebiet. Gleiches gilt für laufende Lohnrunden. Notwendig dazu ist:

In den Parteigruppen zu beraten, welchen örtlichen Betrieb sie durch regelmäßige Info-Arbeit

betreuen. Hierbei sollten zentrale wie lokale Materialien eingesetzt werden, die nach Möglichkeit auch betriebspezifische Fragen behandeln.

Dazu gehört das regelmäßige Sammeln und Auswerten von Konzern- und Betriebsinformationen sowie die regelmäßige Diskussion über zu knüpfende und vorhandene Kontakte zu Betriebs- und GewerkschaftskollegInnen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Erstellung eines realistischen Planes über die weitere Vorgehensweise, der die eigenen Kräfte und Situation berücksichtigt. Schwerpunkt dabei sollte sein die Arbeit mit oder die Erstellung einer Betriebszeitung.

In den notwendig zu knüpfenden Kontakten um und im Betrieb muss den jungen Kolleginnen und Kollegen eine besondere Aufmerksamkeit gehören.

Es sollte überprüft werden, wie die Zusammenarbeit mit Migrantinnen und Migranten, die in Schwester-/Bruderparteien organisiert und in den Betrieben tätig sind, organisiert werden kann.

Für die im Jahr 2002 stattfindenden Betriebsratswahlen sollte geprüft werden, wie wir konsequente, auf dem Klassenstandpunkt stehende Kolleginnen und Kollegen bei der Betriebsratswahl unterstützen.

In den Bezirksvorständen der DKP muss beraten und festgelegt werden, wie vorhandene Betriebsgruppen unterstützt werden können. Ziel muss es sein, dass jede vorhandene Betriebsgruppe in die Lage versetzt wird, regelmäßig eine Betriebszeitung herauszubringen.

In den Bezirken wird geprüft, wie in Zusammenarbeit mit mehreren Grundorganisationen und mit interessierten und dazu befähigten GenossInnen ein Betriebsaktiv gegründet werden kann. Ziel muss es sein, dort in den nächsten Jahren eine Betriebsgruppe aufzubauen und eine Betriebszeitung herauszugeben. Notwendig dazu ist eine regelmäßige Informationsarbeit vor dem Betrieb und der Versuch, direkten Kontakt zu Kollegen im Betrieb, zu den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und dem Betriebsrat aufzunehmen.

Zur Realisierung dieser Aufgaben ist es notwendig, dass in jedem Bezirk ein W+S-Arbeitskreis organisiert wird, in dem mehrmals jährlich ein Meinungs- und Erfahrungsaustausch über die Probleme und Ergebnisse der betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit ihrer Mitglieder stattfindet, die aktuellen Auseinandersetzungen in Betrieb und Gewerkschaft diskutiert werden und die Rolle der Kommunisten herausgearbeitet wird.

Das „Gewerkschaftspolitische Forum“ des Parteivorstandes der DKP trifft sich mindestens zweimal jährlich und diskutiert unter Festlegung von Schwerpunktthemen die betrieblichen und gewerkschaftlichen Entwicklungen.

Das „Gewerkschaftspolitische Forum“ organisiert mindestens einmal jährlich eine W+S-Konferenz zu aktuellen Betriebs- und Gewerkschaftsfragen in einem größeren öffentlichen Rahmen.

Mit Unterstützung des „Gewerkschaftspolitischen Forum“ organisiert der Parteivorstand bis spätestens Ende nächstes Jahr einen Erfahrungsaustausch der vorhandenen Betriebsgruppen und „Einzelkämpfer“ in den Betrieben. (Schwerpunkte könnten sein: Formen von Bewusstseinsbildung, Mitgliedergewinnung, Zeitungsarbeit.)

Der Parteivorstand prüft, gemeinsam mit der UZ-Redaktion, wie regelmäßige Informationen zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit herausgebracht werden können.

Der Parteivorstand prüft, ob in Konzernen mit internationalen Standorten - vor allem in der EU - entlang an den Produkt- und Produktionsprozessen eine länderübergreifende Zusammenarbeit entwickelt werden kann.

*

Beschluss: Unter Berücksichtigung der heutigen personellen, organisatorischen wie politischen Lage der DKP orientiert ihr 15. Parteitag alle KommunistInnen auf eine stärkere betriebliche sowie gewerkschaftliche Arbeit:

- Die in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis stehenden Mitglieder der DKP engagieren sich in den **DGB-Gewerkschaften**, unterstützen deren Aktionen, soweit sie den Interessen der Arbeiterklasse entsprechen, und arbeiten in gewerkschaftlichen Gremien sowie Betriebsgruppen aktiv mit.
- Die Grundorganisationen der DKP unterstützen die **gewerkschaftlichen und betrieblichen Kämpfe** zur Abwehr der Vernichtung von Arbeitsplätzen, der Zerschlagung von Produktionsstandorten sowie der Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten durch eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit in Wohngebieten. Gleiches gilt für laufende Tarifrunden; hier ist vor allem der Zusammenhang von Lohnforderungen der DGB-Gewerkschaften und der sozialen Frage im allgemeinen herzustellen.
- Die Grundorganisationen der DKP prüfen, ob es ihre personelle Kraft erlaubt, einen **örtlichen Betrieb** durch eine regelmäßige Informationsarbeit zu betreuen. Hierbei werden zentrale wie lokale Materialien eingesetzt, die nach Möglichkeit auch betriebspezifische Fragen aufgreifen.
- Die Bezirke der DKP prüfen, ob eine Kooperation mehrerer Grundorganisationen ermöglicht, einen Konzernbetrieb in den Mittelpunkt der Tätigkeit zu stellen mit dem Ziel, dort in den nächsten Jahren eine **Betriebsgruppe** der DKP aufzubauen. Dies setzt voraus, dass neben der regelmäßigen Informationsarbeit auch versucht wird, direkt Kontakt zum Betriebsrat und den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten aufzunehmen.
- Die Bezirke der DKP bieten in ihrem Bereich - wie der Parteivorstand der DKP durch das „Gewerkschaftspolitische Forum“ auf Bundesebene - mindestens zweimal jährlich einen **Meinungs- und Erfahrungsaustausch** über die Probleme und Ergebnisse der betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit ihrer Mitglieder an.

Der 15. Parteitag der DKP legt die **Entscheidung über die konkreten Schritte** zur Verbesserung ihrer betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit bewusst in die Hände der Grundorganisationen und Bezirke. Denn nur dadurch kann gewährleistet werden, dass diese Orientierung nicht als Zwang, sondern als Herausforderung verstanden wird. Selbstverständlich müssen sich die aktiven Mitglieder, Grundorganisationen und Bezirke der gegenseitigen Unterstützung bei der Verwirklichung ihrer konkreten Ziele versichern können.

*

Beschluss: Angesichts der kritischen Situation in Betrieb und Gewerkschaft, die gekennzeichnet ist von großen Mitgliederverlusten und Tendenzen zum Co-Management, müssen wir unser Hauptaugenmerk richten auf die Rolle der DKP als Partei der Arbeiterklasse. - Wie ist dieser Anspruch am Besten zu erfüllen?

Wo es nur möglich ist, ist die Arbeit in den Gewerkschaften aufzunehmen bzw. zu intensivieren und systematisch, beharrlich, hartnäckig und geduldig voran zu bringen.

Die Kommunisten in den Betrieben und in den Gewerkschaften haben heute alles zu tun, um die organisierten und die nichtorganisierten Kolleginnen und Kollegen dazu zu bringen, gegen das Kapital gemeinsam und solidarisch zu handeln.

Unter den Kolleginnen und Kollegen zu arbeiten heißt vor allem, Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu gewinnen. Unsere Aufgaben sind vor allem:

- Kolleginnen und Kollegen zu eigenem Handeln für ihre Interessen zu aktivieren
- sie gewerkschaftlich zu organisieren
- ihr kollektives und organisiertes Handeln zu fördern
- aktive und kämpferische Kolleginnen und Kollegen zu sammeln
- sie nach Möglichkeit parteilich zu organisieren.

Die Verteidigung der Gewerkschaften gegen die Angriffe von Kapital und Reaktion ist nur im Klassenkampf möglich!

Um den Horizont über die betriebliche Auseinandersetzung hinaus zu erweitern, müssen wir die Debatte in der Gewerkschaftslinken aufgreifen, uns einmischen mit unseren Ideen. Wir müssen die kämpferischen Kräfte in der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung stärken.

Als Voraussetzung dafür brauchen wir auch theoretisches Rüstzeug.

Um dem Anspruch der DKP als Partei der Arbeiterklasse gerecht zu werden, müssen alle theoretischen Untersuchungen vom Standpunkt und von den Interessen der Arbeiterklasse bestimmt sein. Es gibt viele Themen, die uns unter den Nägeln brennen. Beispielhaft seien genannt:

- „Bündnis für Arbeit“ und Korporatismus als kapitalistische Überwindung des Sozialstaats
- Flächentarifvertrag und Niedriglohn
- „Rente mit 60“ und Arbeitszeitverkürzung
- „Neue Arbeitswelt“ - der Wandel in der Zusammensetzung unserer Klasse
- Privatisierung der öffentlichen Dienste

Die theoretische Arbeit an diesen Themen ist zu organisieren, Argumentationen sind zu entwickeln und zu publizieren. Die Kommunisten müssen gerade auf diesem Feld den bürgerlichen und scheinfortschrittlichen Soziologen Paroli bieten.

Wir fordern den Parteivorstand auf:

- das gewerkschaftspolitische Forum fortzuführen und dessen Arbeit zu verbessern (u. a. durch engere Zusammenarbeit mit den Betriebsgruppen und -aktiven)
- jährlich mindestens eine bundesweite Konferenz zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit durchzuführen
- die Bildung von regionalen Strukturen zur Entwicklung der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zu unterstützen.

*

Beschluss: Handlungsstrategien zum Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit entwickeln - Der Parteivorstand wird beauftragt, Eckpunkte für ein Strategiepapier unter dem Arbeitstitel „Handlungsstrategien zum Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit - Vorschläge der DKP für eine offensive Lohn- und Arbeitszeitpolitik“ zu erarbeiten. Diese Eckpunkte sollten für eine intensiven Parteidiskussion genutzt werden und als Basis für ein entsprechendes Parteido-kument dienen.

*

Beschluss: Konferenz zur Rolle der Arbeiterklasse - Der PV möge eine Konferenz unterstützen, in der die Rolle der Arbeiterklasse als Entwicklerin und Anwenderin der Produktivkräfte, insbesondere auch der „Informations- und Kommunikationstechnik“ untersucht wird. Dabei wäre auch auf Widersprüche zwischen den Produktivkräften und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen einzugehen.